

**Beschlusslage der Bezirkskonferenz der Jusos
Oberfranken vom 02. Februar 2013 im
Textilmuseum Helmbrechts**

DEIN LEBEN IN OBERFRANKEN.

**Jugendpolitik für Oberfranken,
damit Oberfranken für junge
Menschen attraktiv bleibt.**



Herausgeber:

Jusos Oberfranken,

V.i.S.d.P: Sebastian Fischer, Juso-Bezirksvorsitzender

Postadresse:

Jusos Oberfranken

- SPD Bezirksgeschäftsstelle Oberfranken -

Sonntagsanger 9

96450 Coburg

Inhaltsverzeichnis

Seite

Arbeitsplanung (AP)

AP: Arbeitsprogramm..... 4

Leitantrag (L)

L1: Dein Leben in Oberfranken. Oberfranken für junge Menschen attraktiver machen..... 7

Richtlinienänderungen (RL)

RL1: Änderung der Richtlinien..... 21

Anträge

A1: Neuregelung der Mehrwertsteuer..... 22

A2: Ausbau der Schieneninfrastruktur im oberfränkischen Raum..... 23

A3: Aufstockung der Fördermittel in der „Sozialen Stadt“ 24

A4: Den gemeinsamen Asytraum Europa menschenwürdig und solidarisch gestalten!..... 27

A5: Mehr Sicherheit bei den Jusos: SanitäterIn jetzt!..... 31

Ini1: Dein Leben. Jugendpolitik für junge Menschen, nicht gegen sie..... 32

Ini2: Wohnraumförderung..... 37

Ini3: Gestaltung der Postwachstumsgesellschaft..... 38

Ini4: Anliegen des Volksbegehren "Abschaffung Studiengebühren" zügig umsetzen..... 39

1 **Antragsnummer: AP1**
2 Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

3 **Arbeitsprogramm der Jusos Oberfranken 2013**

4 **1. Aktuelle Lage des Bezirksverbands**

5 Seit der letzten Bezirkskonferenz hat sich der Juso Bezirk Oberfranken erneut weiterentwickelt.
6 Erstmals seit Jahren konnten wir ein gemeinsames Seminar mit den fränkischen Juso-Bezirken
7 und den Falken Franken anbieten. Natürlich haben wir auch erneut das Grundlagenseminar ange-
8 boten. Ein weiterer Augenmerk lag auf der Verbesserung der Web 2.0 Aktivitäten. Das ist sehr
9 gut gelungen. Wegen der hohen Belastung der Vorstandsmitglieder auch außerhalb der Jusos
10 Oberfranken mussten natürlich auch einige Vorhaben vertagt werden. Doch das waren Ausnah-
11 men.

12 Zusammenfassend ist hervorzuheben, dass seit Beginn des personellen Umbruchs im Jahr 2011,
13 sich die Arbeitsfähigkeit des Vorstands entscheidend gebessert hat. Im Jahr 2013 wird es zur ers-
14 ten Bewährungsprobe für den Verband kommen: der Wahlkampf. Daher wird der Wahlkampf
15 einen erheblichen Anteil an der Arbeit der Jusos in Oberfranken annehmen.

16 **2. Die politische Arbeit der Jusos Oberfranken in der folgenden Wahlperiode**

17 **2.1 Arbeitsfähigkeit des Bezirksvorstands**

18 Wie in den vergangenen Jahren sollen an die Mitglieder des Bezirksvorstands wieder Aufgaben-
19 gebiete verteilt werden. Das bietet die nötige Organisationsstruktur des Vorstandes. Diese hat
20 sich grundsätzlich bewährt.

21 Ein weiterer Schlüssel zum Erfolg ist aber die Motivation der Vorstandsmitglieder. Die beste Or-
22 ganisationsstruktur führt nicht zum Erfolg, wenn die Mitglieder nicht genügend zur Eigeninitiative
23 motiviert werden. Aus ideologischer Sicht sollte das Amt an sich genug Motivation darstellen. In
24 der Realität reicht diese Motivation jedoch nicht aus. Der Bezirksvorstand sollte zukünftig ge-
25 meinsame gesellschaftliche Aktivitäten initiieren. Gemeinsame Ausflüge oder abendliche Gestal-
26 tungen schärfen das Zusammengehörigkeitsgefühl und motivieren die einzelnen Mitglieder. Sol-
27 che Veranstaltungen sollten aber ausdrücklich auch für Nicht-Vorstandsmitglieder offen gehalten
28 werden. Weiterhin soll der Bezirksvorstand ein Konzept finden, wie man Jusos, die dem Bezirks-
29 vorstand nicht angehören, aber gerne mitarbeiten würden, sinnvoll in die Arbeit des Bezirksvor-
30 stands integriert.

31 **2.2 Bildungsarbeit der Jusos Oberfranken**

32 Bildung ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg. Durch jahrelange Arbeit bei den Jusos lernt man
33 stetig hinzu. Man lernt von ausgeschiedenen Mitgliedern und sammelt selbst Erfahrungen. So
34 eignet man sich einige Kompetenzen an. Um diesen Kreislauf zu erhalten, muss man dann jedoch

35 auch selbst seinen Erfahrungsschatz an jüngere Mitglieder weitergeben. Daher muss bei den Ju-
36 sos die innerparteiliche Bildung hohe Priorität genießen.

37 Die Seminare der Jusos verbinden inhaltliche und rhetorische Schulungen mit gesellschaftlichen
38 Aktivitäten. Wegen der schlechten finanziellen Ausstattung kann die Seminarrealisierung leider
39 selten so wie geplant ausfallen. Im Folgenden werden Seminare aufgelistet, deren Durchführung
40 der Bezirksvorstand vorantreiben soll.

41 **2.2.1 Grundlagenseminar**

42 Die Grundlagenseminare der Jusos Oberfranken bringen den TeilnehmerInnen wichtige aktuelle
43 Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten bei, um für die politische Arbeit gerüstet zu sein. Daher
44 soll erneut ein Grundlagenseminar stattfinden.

45 **2.2.2 Zeltlager „Auszeit“**

46 Das Pilotprojekt „Zeltlager Auszeit“ in Kooperation mit den fränkischen Juso-Bezirken und den
47 Falken Franken war ein voller Erfolg. Der Bezirksvorstand soll darauf hinarbeiten, dass ein solches
48 Zeltlager wieder stattfindet.

49 **2.2.3 Wahlkampftechniken**

50 Da im Jahr 2013 der Bundestags- und der Landtagswahlkampf anstehen und viele Jusos üblicher-
51 weise in Wahlkampfaktionen involviert sind, ist eine ausreichende Schulung der Mitglieder not-
52 wendig. Durch die Campaignertätigkeiten des Bezirksvorsitzenden und der langjährigen Wahl-
53 kampferfahrung einiger Jusos haben die Jusos Oberfranken sich auch hier exzellente Kompeten-
54 zen aufgebaut. Von diesen kann der Verband und die Partei nur profitieren. Daher soll der Be-
55 zirksvorstand in Abstimmung mit der SPD Oberfranken Wahlkampfschulungen anbieten.

56 **2.3 Öffentlichkeitsarbeit**

57 Gerade in Wahlkampfzeiten ist die Öffentlichkeitsarbeit enorm wichtig. Daher muss diese unbe-
58 dingt verbessert werden.

59 Im Wahlkampf muss die Medienarbeit deutlich erhöht werden. Sie ist jedoch nur ein Randaspekt
60 der Öffentlichkeitsarbeit der Jusos. Durch Zeitung oder Lokalradiosender wird nicht die Zielgrup-
61 pe der Jusos Oberfranken bedient. Junge Leute informieren sich vor allem über das Internet. Nur
62 die wenigsten lesen eine Tageszeitung.

63 Es ist vielmehr wichtiger, sich noch stärker auf das Internet zu konzentrieren. Aber auch hier muss
64 differenziert werden. Eine Homepage ist wichtig und muss auch vorhanden sein und dementspre-
65 chend gepflegt werden. Die klassische Homepage ist jedoch nur als Informationsplattform für
66 Leute, die gezielt nach den Jusos Oberfranken suchen, zu betrachten.

67 Im Zuge des Web 2.0 und des Erfolgs von Facebook, hat sich das Surfverhalten der UserInnen

68 komplett verändert. Facebook ist die zentrale Anwendung geworden. Über diese Plattform holen
69 sich die BenutzerInnen ihre Informationen. Stoßen sie auf etwas für sie Interessantes, nehmen sie
70 das auf. Im optimalen Fall, teilen sie die Information. Daher muss die erfolgreiche Facebook Seite
71 der Jusos Oberfranken weitergeführt werden. Dazu ist es erforderlich, dass annähernd täglich et-
72 was gepostet wird. Wichtig für Facebook sind jedoch strenge Regeln, was und wie es gepostet
73 wird und natürlich wie mit Beiträgen von UserInnen umgegangen wird. Der Bezirksvorstand wird
74 daher klare und verbindliche Richtlinien für das Administratoren-Team erarbeiten.

75 **3. Inhaltliche Herausforderungen**

76 Inhaltlich wird sich der Bezirksvorstand im nächsten Jahr die folgenden Themen in den Fokus stel-
77 len:

78 Jugendpolitik: Die Kernforderungen des Antrags „Dein Leben in Oberfranken“ werden im nächs-
79 ten Jahr aktiv in der Öffentlichkeit thematisiert. Dazu gehören beispielsweise gebündelte Aktio-
80 nen, die die analysierten Misstände problematisieren und unsere Forderungen als Handlungsoptionen aufzeigen.
81

82 Bildungspolitik: Im Landtagswahlkampf steht das Thema Studiengebühren im Vordergrund. Nach
83 der erfolgreichen Unterschriften-Mobilisierung für ein Volksbegehren gilt es weiterhin Druck auf-
84 zubauen und das Thema in der Öffentlichkeit zu halten. Auch nach einer Abschaffung gibt es
85 noch zu viele Hürden im Bildungssystem, die abgebaut werden müssen. Bündnisarbeit ist ebenso
86 geplant wie das parteiinterne Betonen der Bedeutung dieser Thematik für junge Menschen.

87 Verkehrspolitik: Die Jusos setzen sich auf der einen Seite für eine Ausweitung des Busangebotes
88 in den ländlichen Regionen unter jugendgerechten Gesichtspunkten ein. Auf der anderen Seite
89 steht das Thema schienengebundener Nahverkehr auf der Agenda, bei dem der Bezirksvorstand
90 sich insbesondere für eine Elektrifizierung der ostoberfränkischen Stammstrecken und bessere
91 Taktfrequenzen in kleineren Städten einsetzt.

92 Bündnisarbeit: Im Rahmen gemeinsamer politischer Forderungen wird der Bezirksvorstand im
93 nächsten Jahr stärkere Bündnisarbeit mit den gewerkschaftlichen Jugendorganisationen anstre-
94 ben.

95 **4. Ausblick**

96 Ein anstrengendes Jahr wartet auf den Juso-Bezirksverband. Der Wahlkampf wird alle aktiven
97 Mitglieder zeitlich binden. Trotzdem ist es wichtig, dass der Bezirksverband seine Arbeit nicht
98 einstellt. Der Bezirksverband muss trotzdem thematisch arbeiten. Weiterhin wird er den Unterbe-
99 zirken organisatorische Unterstützung und eine Plattform zum gegenseitigen Austausch bieten.
100 Mit Engagement und Teamwork werden die Jusos Oberfranken das Jahr meistern und den

101 Grundstein für einen erfolgreichen Jugendwahlkampf in Oberfranken legen.

102 **Antragsnummer: L1**

103 Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

104 AdressatInnen: SPD Bezirksparteitag, SPD Bezirkstagsfraktion, Juso Landeskonferenz (in angepasster Form)

106 **DEIN LEBEN IN OBERFRANKEN.**

107 **1. Einführung**

108 Der Regierungsbezirk Oberfranken: weite Flächen und viele strukturschwache Regionen. Trotz
109 des Bevölkerungsrückgangs entscheiden sich viele Menschen bewusst dafür, in Oberfranken zu
110 leben, andere hingegen müssen dort Leben. Doch es soll nicht schon zu Beginn alles schlechtge-
111 redet werden. Oberfranken hat auch Stärken und Potentiale.

112 Diese gilt es zu erkennen und zu nutzen. Auch Oberfranken kann den Menschen ein Bezirk sein,
113 in denen es den BewohnerInnen ermöglicht wird *ihr Leben* zu leben. Selbstbestimmung und
114 Selbstverwirklichung ist das höchste Ziel eines Menschen. Wir Jusos Oberfranken wollen Ober-
115 franken so gestalten, dass dort junge Menschen *ihr Leben* leben können. JedeR muss diese
116 Chance haben, unabhängig von Herkunft oder Einkommen. Im Folgenden werden Forderungen
117 entwickelt, um dieses Ziel zu erreichen.

118 **2. Oberfranken – Eine kurze Übersicht**

119 **2.1 Einteilung in Regionen**

120 Doch zunächst muss Oberfranken genauer betrachtet werden. Oberfranken hat vier kreisfreie
121 Städte, neun Landkreise, 210 kreisangehörige Gemeinden und 45 kreisfreie Gebiete. Die Regie-
122 rung von Oberfranken teilt den Bezirk in zwei Regionen ein. Die Region Oberfranken-West mit
123 den kreisfreien Städten Bamberg und Coburg und den Landkreisen Bamberg, Coburg, Forch-
124 heim, Kronach und Lichtenfels.¹ Der Region Oberfranken-Ost werden die kreisfreien Städte Bay-
125 reuth und Hof sowie die Landkreise Bayreuth, Hof, Kulmbach und Wunsiedel im Fichtelgebirge
126 zugerechnet.² Die beiden Regionen sind in etwa flächengleich: Oberfranken-West (3.675,5 km²)
127 und Oberfranken-Ost (3.616,35 km²).

1 http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/imperia/md/content/regofr/oberfranken/daten/ofr_statistik_02_verwaltungsgliederung.pdf (24. Dezember 2012).

2 Ebd.

128 **2.2 Bevölkerung zum 31. 12. 2011**

129 Die Bevölkerung hingegen ist etwas ungleicher verteilt. Zum 31. Dezember 2011 wohnten
130 593.809 Menschen in Oberfranken-West (162 EinwohnerInnen pro km²), in Oberfranken-Ost hin-
131 gegen nur 477.942 Menschen (132 EinwohnerInnen pro km²).

132 Die kreisfreie Stadt Bayreuth hat mit 73.111 Menschen die
133 meisten EinwohnerInnen der kreisfreien Städte in Ober-
134 franken. Die Stadt Coburg ist mit 40.915 die bevölkerungs-
135 ärmste kreisfreie Stadt des Bezirks. Bayreuth hat also fast
136 doppelt so viel EinwohnerInnen wie Coburg.

Kreisfreie Stadt	Bevölkerung
Bayreuth	73.111
Bamberg	70.084
Hof	45.904
Coburg	40.915

Bevölkerung zum 31.12.2011

137 Auch bei den Einwohnerinnenzahlen der Landkreise herr-
138 schen eklatante Unterschiede. Der bevölkerungsreichste Landkreis Oberfrankens ist der Landkreis
139 Bamberg mit 144.361 EinwohnerInnen.³ Es folgen der Landkreis Forchheim mit 113.207 und der
140 der Landkreis Bayreuth mit 105.740 EinwohnerInnen.⁴ Auf der Seite der bevölkerungsärmsten
141 Landkreise stehen die Landkreise Wunsiedel (75.782), Kulmbach (73.926), Kronach (69.546) und
142 Lichtenfels (67.952).

Landkreis bzw. kreisfreie Stadt	EinwohnerInnen pro km ²
Bamberg (Stadt)	1.283
Bayreuth (Stadt)	1.093
Coburg (Stadt)	847
Hof (Stadt)	791
Forchheim	176
Coburg (Landkreis)	149
Lichtenfels	131
Wunsiedel	125
Bamberg (Landkreise)	124
Kulmbach	112
Hof (Landkreis)	111
Kronach	107
Bayreuth (Landkreis)	83

Vergleich EinwohnerInnen pro km²

Interessant ist die links stehende Tabelle, die Kennzahl EinwohnerInnen pro km² vergleicht. Der gesamt-oberfränkische Durchschnitt liegt bei 148 EinwohnerInnen pro km². Es fällt auf, dass ein eklatanter Unterschied der Kennziffern von Bayreuth (Stadt) und Bayreuth (Landkreis) herrscht.

Bei den kreisfreien Städten liegt Hof deutlich am Ende der Tabelle. Auch der Landkreis Hof hat einen der geringsten EinwohnerInnen-pro-km²-Anteil.

2.3 Bevölkerungsentwicklung

Um die eben genannten Zahlen besser einordnen zu können, wird nun die Bevölkerungsentwicklung betrachtet.

157 Es fällt auf, dass Oberfranken-Ost - bis auf die
158 Zeit der Wiedervereinigung – einen stetigen Bevölkerungsschwund zu verzeichnen hat, während
159 sich Oberfranken-West vergleichsweise positiv entwickelt hat. Jedoch ist dort trotzdem seit 2005
160 ein auch leichter Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen.

3 Ebd.

4 Ebd.

161 In der Region Oberfranken-West fallen insbesondere die Landkreise Bamberg, Coburg und
162 Forchheim auf. Im Jahr 1961 wohnten im Landkreis Bamberg 95.267, im Landkreis Coburg 80.676
163 und im Landkreis Forchheim 80.188 Menschen. Zum 31.12.2011 konnte der Landkreis Bamberg
164 seine Bevölkerungszahl auf 144.361 Menschen erhöhen. Im Landkreis Coburg wohnen nun
165 87.744 und im Landkreis Forchheim 113.207 Einwohnerinnen. Die Landkreise Bamberg und
166 Forchheim sind stetig gewachsen und verloren bei keiner Datenerhebung an Bevölkerung.⁵ Der
167 Landkreis Kronach schrumpfte von 79.501 EinwohnerInnen um circa 10.000 Menschen und Der
168 Landkreis Lichtenfels heilt sich auf einem relativ konstanten Niveau und zählt heute 67.952 Be-
169 wohnerInnen. Die kreisfreien Städte haben beide im Vergleich zu 1950 10.000 Menschen verlo-
170 ren.⁶

171 In der Region Oberfranken-Ost konnte nur der Raum Bayreuth (Stadt und Landkreis) an Bevölke-
172 rung hinzugewinnen. Beide zählten 1950 gemeinsam 158.952 BewohnerInnen. Bis 2011 stieg die
173 Zahl stetig auf nun 178.151 Menschen. Die Stadt Hof verlor im Vergleich zu 1950 22,9 Prozent ih-
174 rer Bevölkerung und zählt 2011 45.904 Menschen, der Landkreis verlor 17,8 Prozent. Der Land-
175 kreis Kulmbach konnte seine Bevölkerungszahl mit einem Rückgang von 5,8 Prozent relativ kon-
176 stant halten. Der Landkreis Wunsiedel verlor im Vergleich zu 1950 sogar 28,7 Prozent seiner Ein-
177 wohnerInnen.⁷

178 Die Regierung von Oberfranken geht in ihrer Prognose der Bevölkerungsentwicklung bis 2031
179 von einem weiteren Rückgang aus. Im Vergleich zu 2011 kalkuliert die Regierung mit einem Rück-
180 gang von 6,5 Prozent in Oberfranken-West und einem Rückgang von 12,8 Prozent in Oberfran-
181 ken-Ost.⁸ Für Oberfranken gesamt, soll der Rückgang 9,3 Prozent betragen. Im Vergleich dazu
182 beträgt der kalkulierte Zuwachs in Oberbayern 6,5 Prozent.⁹

183 Am stärksten wird der Rückgang Hochfranken treffen. Die Stadt Hof wird 13,6 Prozent und der
184 Landkreis Hof 17,8 Prozent verlieren, der Landkreis Wunsiedel 17,9 Prozent. Am positivsten sieht
185 die Prognose für den Landkreis Forchheim und Bamberg aus (2,7 Prozent beziehungsweise 3,1
186 Prozent Rückgang). Bei den kreisfreien Städten wird auch Bamberg die positivste Entwicklung
187 vorausgesehen. Hier spricht die Prognose von einem Rückgang von 1,7 Prozent.

188 2.4 Altersstruktur

189 In Oberfranken sind 4,5 Prozent der Menschen unter sechs Jahre alt, zur Gruppe sechs bis 18 ge-
190 hören 11,4 Prozent und zur Gruppe 18 bis 30 14,0 Prozent. Letzteres sind 149.740 Menschen,

5 http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/imperia/md/content/regofr/oberfranken/daten/ofr_statistik_04_bevoelkerungsentwicklung.pdf (24. Dezember 2012).

6 s. ebd.

7 s. ebd.

8 http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/imperia/md/content/regofr/oberfranken/daten/ofr_statistik_28_bevoelkerungsvorausberechnung.pdf (24. Dezember 2012).

9 s. ebd.

191 davon leben 84.264 in Oberfranken-West und 65.990 in Oberfranken-Ost.¹⁰
192 Am meisten Menschen der Gruppe 18 bis 30 leben im Landkreis Bamberg. Dort sind es 20.696.
193 In Bamberg-Stadt wohnen 12.451 Menschen zwischen 18 und 30 Jahren. Bei den Landkreisen le-
194 ben in Kronach 8.663 Menschen dieser Altersgruppe. Absolut gesehen ist das am wenigsten. Bei
195 den kreisfreien Städten sind Hof (6.332) und Coburg (6.114) die Schlusslichter. In Bayreuth-Stadt
196 wohnen 15.255 Menschen der Altersgruppe.

197 Betrachtet man die relativen zahlen der Landkreise bei dieser Altersgruppe, dann sieht man das
198 Hof mit 11,8 Prozent Anteil das Schlusslicht ist. Der Landkreis liegt hier 2,2 Prozentpunkte unter
199 dem Bezirksdurchschnitt und 2,8 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt. Beim Vergleich
200 der Regierungsbezirke untereinander hat Oberfranken den geringsten Bevölkerungsanteil in die-
201 ser Altersgruppe, dafür aber den höchsten Anteil in der Bevölkerungsgruppe 50+. Oberfranken
202 ist bei der Altersgruppe 30 bis 50 im Bezirksvergleich ebenfalls Schlusslicht.¹¹

203 **2.5 Weitere Daten**

204 Um den Rahmen des Analyse-Teils nicht zu sprengen, werden hier weitere wichtige Daten stich-
205 punktartig aufgeführt.

206 Oberfranken hat 64 Straßenkilometer je 100 m². (Bayer: 59, 5 km pro 100 m²) und 572 PKWs pro
207 1.000 EinwohnerInnen (Bayern 556).¹²

208 In den Jahren 2004 bis 2012 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Oberfranken immer
209 über der des Landesdurchschnitts.¹³

210 **3. Jungsozialistische Jugendpolitik für Oberfranken**

211 **3.1 Altersstruktur in Oberfranken**

212 Die Bevölkerungsstatistik zeigt, dass in Oberfranken überwiegend ältere Menschen leben. Viele
213 PolitikerInnen und Kommunen neigen daher dazu, ihre Politik an älteren Menschen auszurichten
214 und die Jugendpolitik aus dem Auge zu verlieren. Für viele junge Menschen ist der Wegzug aus
215 Oberfranken auch die einzig reale Perspektive, um ihr Leben nach ihren Maßstäben und Wün-
216 schen zu gestalten. Neben der klassischen Jugendpolitik stellt sich daher auch die Frage, wie
217 man Oberfranken für junge Menschen lebenswert gestaltet, so dass diese sich in Oberfranken
218 selbst verwirklichen können.

219 **3.2 Oberfranken wirtschaftlich stärken**

10 http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/imperia/md/content/regofr/oberfranken/daten/ofr_statistik_05_alterstruktur.pdf (24. Dezember 2012).

11 s. ebd.

12 http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/imperia/md/content/regofr/oberfranken/daten/ofr_statistik_24_verkehr.pdf (25. Dezember 2012)

13 http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/imperia/md/content/regofr/oberfranken/daten/ofr_statistik_11_arbeitslose.pdf (05. Januar 2013).

220 Eben Genanntes ist nur möglich, wenn Oberfrankens Wirtschaft erheblich stärker gefördert wird
221 als bisher. Die bayerische Staatsregierung muss weg vom dem Gedanken, nur wenige große Zen-
222 tren zu fördern, die im Zweifel sowieso schon stark sind. Die bayerische Staatsregierung muss
223 schwache Regionen gezielt fördern. Gerade das Fördergefälle zwischen Landesgrenze und Sach-
224 sen beziehungsweise Thüringen und Tschechien muss beseitigt werden.

225 Dazu ist es notwendig, nachhaltige Bauvorhaben finanzschwacher Kommunen staatlich so zu för-
226 dern, dass diese auch bei einem sehr hohen Verschuldungsgrad ausgeführt werden können. Kin-
227 derkrippen, Kindergärten, Schulen, Abwasserkanäle und ähnliche Bauprojekte sind notwendig für
228 das Fortbestehen der Gemeinde. In eine Gemeinde ohne Schule wird keine junge Familie ziehen.

229 Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Förderung von Bauprojekten neu geregelt wird. Finanz-
230 schwachen Gemeinden, muss es möglich sein, auch mit einem geringen Eigenanteil wichtige
231 Strukturmaßnahmen zu realisieren. Daher fordern die Jusos Oberfranken:

- 232 • Fördersätze für finanzschwache Gemeinden von bis zu 90 Prozent
- 233 • Die verbleibende Summe (Gesamtausgabe minus Förderung) muss vom Freistaat Bayern
234 den Gemeinden als zinsloses Darlehen zur Verfügung gestellt werden. Dieses darf aber im
235 Haushaltsrecht kein Grund für eine Versagung der Genehmigung des Gemeindehaushalts
236 durch die Rechtsaufsichtsbehörde sein.

237 Finanzschwache Gemeinden fallen bisher oft durch das Raster der Förderung. Es muss möglich
238 sein, dass staatliche Gelder von Körperschaft zu Körperschaft fließen. Damit wird, im Gesamten
239 betrachtet, keine staatliche Neuverschuldung generiert. Im Zweifel ist anzunehmen, dass der
240 Freistaat eine höhere Finanzkraft hat als die Kommunen.

241 Durch diese Neuregelung der Förderpraxis können wichtige Strukturinvestitionen getätigt wer-
242 den. Gerade das Gemeindestraßennetz, ist oftmals in einem solch katastrophalen Zustand, dass
243 eine qualitativ angemessene Instandhaltung nur durch staatliche Förderung möglich ist. Aber
244 auch die Instandhaltung von Abwasser- und Frischwasserkanälen darf nicht vernachlässigt wer-
245 den. Darüber hinaus sind gerade auch städtebauliche Projekte wichtig, welche die Gemeinden
246 auf ihre schwierige Zukunft mit Hinblick auf den demographischen Wandel vorbereiten. Hierbei
247 geht es unter anderem um städtebaulichen Rückbau, die Kozeptionierung neuer Nutzungsmög-
248 lichkeiten für bestehende Leerstände oder auch familien- und generationengerechtes Wohnen in
249 der Innenstadt. Diese Aufgaben können viele Kommunen in Oberfranken nicht ohne staatliche
250 Hilfe meistern.

251 **3.3 Chancen in Oberfranken selbst erkennen**

252 Oberfranken darf sich jedoch nicht nur auf eine bayerische Staatsregierung verlassen und alle
253 Verantwortung auf diese abwälzen. Die oberfränkischen PolitikerInnen müssen frühzeitig Chancen

254 für Oberfranken erkennen. Sie müssen auf sich auf allen Ebenen für ihre Region stark machen. Im
255 örtlichen Gemeinderat, im Landtag, im Bundestag und im Europaparlament.

256 Eine große Chance ist immer noch die Energiewende. Aber hier müssen sich die Kommunen be-
257 eilen, um mit bei den GewinnerInnen dabei zu sein. Den Kommunen muss es ermöglicht werden,
258 dass ihre BürgerInnen vor Ort direkt von der Energiewende profitieren können.

259 Es können vor Ort Genossenschaften gebildet werden. Die BürgerInnen und Gewerbetreibenden
260 einer Gemeinde können sich zusammenschließen, um gemeinsam umweltfreundlichen Strom zu
261 produzieren. Genossenschaftlich betriebene Windräder, so genannte BürgerInnen-Windräder,
262 oder Photovoltaikanlagen sind zu forcieren, nicht zuletzt auch um einen Konsens bei der Etablie-
263 rung der Windräder zu etablieren.

264 Dabei muss die Auftragsvergabe an Firmen vor Ort forciert werden. Die BewohnerInnen einer
265 Gemeinde können so alle profitieren: von den Aufträgen, den niedrigeren Energiekosten und der
266 Rendite. Dadurch sind die Menschen vor Ort die, die als GewinnerInnen aus der Energiewende
267 hervorgehen. Die Vorteile und Profite aus der Umstellung auf Stromerzeugung aus regenerativen
268 Energien dürfen nicht den großen Konzernen überlassen werden.

269 Niedrige Energiekosten bilden für diese einen Standortvorteil. Dadurch werden solche Gemein-
270 den für Neuansiedlungen von Unternehmen und privaten Haushalten attraktiver. Die Energiewen-
271 de kann eine Chance für neue Arbeitsplätze sein. Die Wertschöpfung bleibt dabei vor Ort.

272 Die PolitikerInnen in Oberfranken müssen also Mut zum Handeln aufbringen und sie dürfen von
273 einer bayerischen Staatsregierung nicht alleine gelassen werden.

274 **3.4 Bildungspolitik als strukturpolitisches Mittel**

275 In vielen Diskussionen wird Bildungspolitik oft als eine Materie verstanden, die über allem
276 schwebt. Sie wird vor allem makroökonomisch diskutiert. Bildungspolitik ist jedoch mehr. Die Ju-
277 sos verstehen bildungspolitische Maßnahmen auch als strukturpolitische Maßnahmen.

278 Eine Gemeinde ohne Volksschule hat einen wichtigen Standortvorteil weniger. Junge Familien
279 ziehen in Ortschaften, wo die Kinder kurze Schulwege haben. Unternehmen lassen sich in Ort-
280 schaften nieder, wo vor Ort mit Bildungsträgern kooperiert werden kann. Deshalb sind Schul-
281 schließungen zu vermeiden.

282 Die Einführung der Mittelschule hat dem ländlichen Raum keinen Vorteil verschafft. Sie ist zu ei-
283 ner Mogelpackung geworden, da sich außer der Namensänderung wenig Neues ergeben hat.
284 Vielleicht konnten einige Schulschließungen durch die Bildung von Schulverbunden aufgescho-
285 ben werden. Doch der langfristig zu erwartenden Rückgang der SchülerInnenzahlen wird auch
286 diese Schulen zur Schließung zwingen.

287 Die Staatsregierung widerspricht sich mit kommunalen Schulschließungen aufgrund fehlender
288 Fördermittel selbst. Einerseits will man gut ausgebildete junge Menschen, welche gemeinsam in
289 kleineren Klassen lernen und arbeiten, andererseits werden Schulen aufgrund zu geringer Klas-
290 senstärke geschlossen. Daher muss die Mittelschule wieder abgeschafft werden.

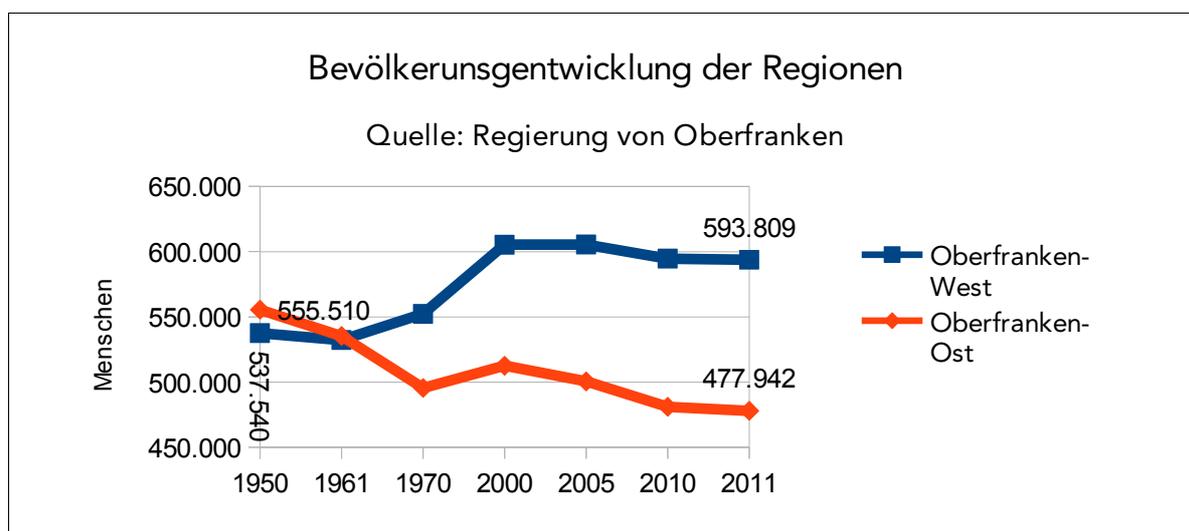
291 Ein anderes Konzept muss gefunden werden. Die Jusos Oberfranken fordern deshalb die Einfüh-
292 rung der Gemeinschaftsschule bis zur Sekundarstufe zwei. Durch kleine Lerngruppen muss eine
293 individuelle Förderung der SchülerInnen möglich gemacht werden. Die Einteilung in verschiede-
294 ne Förderstufen muss flexibel gestaltet werden, um der Individualität jedes Kindes gerecht zu
295 werden.

296 Nur diese Maßnahme verhindert langfristig Schulschließungen. Nur so bleibt der Standortfaktor
297 Schule & Bildung auch für finanzschwache Gemeinden erhalten und diese als Wohn-, Gewerbe-
298 oder Industriestandort attraktiv. Natürlich müssen diese durch den Freistaat dafür gefördert wer-
299 den. Die Jusos Oberfranken sagen aus voller Überzeugung: An der Bildung der Kinder und Ju-
300 gendlichen darf nicht gespart werden. Denn diese sind Deutschlands Zukunft! Hier wird sich je-
301 doch nicht gegen das Gymnasium ausgesprochen. Es wird lediglich in verkürzter Form von der
302 elften bis zur 13. Jahrgangsstufe weitergeführt.

303 Bildungspolitische Strukturpolitik darf sich jedoch nicht nur auf die Schulen beziehen. Ebenfalls
304 gehören dazu die Berufsschulen, die Teil der vorbildlichen dualen Ausbildung sind, nicht zu ver-
305 nachlässigen. Die duale Ausbildung kann nur dann wirklich gut funktionieren, wenn auch die Be-
306 rufsschulen gut ausgestattet sind. So sind die Berufsschulen regelmäßig auf den neuesten Stand
307 was Lehrmaterialien angeht zu bringen. Vor allem in den technischen Ausbildungen ist es wichtig,
308 dass die Schüler*innen auch in der Schule an modernen Ausbildungsmodellen lernen können.
309 Ebenso sollte in den Berufsschulen darauf geachtet und angestrebt werden, dass das Betreu-
310 ungsverhältnis zwischen Lehrer*innen und Schüler*innen angemessen ist. Daher sollten auch in
311 diesem Bereich mehr Lehrer*innenstellen geschaffen werden.

312 Die Hochschulen sind ein entscheidender Faktor um Oberfranken für junge Menschen attraktiv zu
313 gestalten. Durch interessante und attraktiv gestaltete Studiengänge können Jugendliche aus der
314 Region darf gewonnen werden, auch ihr Studium hier zu absolvieren. Weiterhin können auch
315 junge Menschen aus anderen Regionen durch Studiengänge mit Perspektive in die Region geholt
316 werden. Dazu sind allerdings zunächst einige strukturelle Veränderungen nötig.

317 Es gibt gravierende strukturelle Mängel, die dringend behoben werden müssen. An erster Stellen
318 der Mängelliste stehen die unzureichenden Räumlichkeiten bei hoher Studierendenzahl. Es muss
319 dringend in den Hochschulbau investiert werden und neue Gebäude gebaut werden, um
320 genügend Raum für alle Studierende zu schaffen. Aber auch die Instandhaltung der Gebäude ist



321 massiv unterfinanziert. Diese gleicht mehr einer Mangelverwaltung als einer Instandhaltung.
 322 Daher müssen Gelder bereitgestellt werden, um dieses zum Einem instand zu halten und zum
 323 anderen auch zu renovieren. Die Hochschulen in Oberfranken müssen voll vom Staat ausfinanziert
 324 werden. Daher soll darauf hingearbeitet werden, dass die Staatsregierung die nötigen Mittel im
 325 Haushalt bereit hält und den Hochschulen zur Verfügung stellt.

326 Jedoch gehört zu einer guten Hochschule nicht nur die Bereitstellung einer Infrastruktur, sondern
 327 die Möglichkeit auch dort sich frei als Person entfalten zu können und sich zu bilden. Doch diese
 328 Freiheit wird beschränkt durch Zulassungshürden und -beschränkungen. Alle Studiengänge an
 329 den Hochschulen sollen zulassungsfrei sein. Nur so ist auch ein freier Zugang zur Bildung
 330 möglich. Ebenso müssen die Zulassungsvoraussetzungen in ihrer heutigen Form überwunden
 331 werden. Die Öffnung der Hochschulen für Meister*innen und Menschen mit abgeschlossener
 332 Berufsausbildung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

333 Um den Studierenden ein Studium zu ermöglichen, welche sie zu kritischen, emanzipierten und
 334 selbstbewussten Bürger*innen bildet, müssen das jetzige Bachelor/Master-System grundlegend
 335 neu strukturiert werden. Doch der Bologna-Prozess und die Einführung der Bachelor- und Master-
 336 Studiengänge wurde lediglich auf einer formalen Ebene durchgeführt: Eine wirklich qualitative
 337 Studienreform mit der Gestaltung studierbarer Module hat bislang nicht stattgefunden. Wer sich
 338 nur darauf konzentriert, die alten Studiengängen in ein neues Korsett aus ECTS-Punkten und
 339 Restriktionen zu pressen, wird wohl kaum zum attraktiven Standort, an dem
 340 StudienanfängerInnen gerne das Lernen beginnen. Eine Teil der Schuld liegt hier bei der
 341 bayerische Staatsregierung, die vor allem am Anfang versagt hat, da sie den Hochschulen es
 342 ohne adäquate Hilfestellung überließ, das Studium zu modularisieren. Das führt im schlimmsten
 343 Fall dazu, dass manche Professor*innen sich ein Studiengang erstellten, der fachlich eingeeengt
 344 war. So wurden etliche Spezialstudiengänge geschaffen. Dadurch wurde ein Hauptziel, die

345 Vergleichbarkeit des Studiums und die Ermöglichung der Mobilität, nicht nur verfehlt sondern
346 dagegen gearbeitet. Trotz vieler Reformen finden sich in vielen Modulhandbücher die Rest dieser
347 frühen Verfehlungen. Der Bologna-Prozess kann nicht rückgängig gemacht werden, doch bietet
348 dieser zahlreiche Möglichkeiten ein Studium zu ermöglichen, welches den Studierenden ein
349 größtmögliche Vielfalt und Freiheit bietet. Daher sollte die Staatsregierung die Hochschulen zur
350 Überprüfung ihrer Bachelor- und Masterstudiengänge zwingen. In diesen Prozess sind die
351 Studierenden maßgeblich einzubinden, denn sie sind es, die am besten wissen, wo es bei den
352 Studiengängen hakt. Dennoch sollte die Staatsregierung flankierten Rahmenrichtlinien für die
353 Studiengänge erlassen, die vorsehen, dass die Studiengänge mit anderen in Europa vergleichbar
354 sind. Ebenso sollte verpflichtend für jeden Studiengang ein Generalstudium in einem gewissen
355 Umfang anzurechnen möglich sein. Auch sollte die Möglichkeit von Anrechnung
356 außerhochschulisch erworbener Kompetenzen und Leistungen verbessert und erleichtert werden.
357 Dennoch darf das nicht dazu führen den Studierenden einen vollständigen Lernplan
358 vorzudiktieren. Wir fordern die emanzipatorische Komponente von Bildung stärker ein.

359 Des Weiteren muss jeder Studiengang auch in Teilzeit studierbar sein, um etwa junge Eltern zu
360 unterstützen oder die Möglichkeit der berufsbegleitenden Studiums zu erweitern. Ziel muss bei
361 den Reformen immer sein, dass Studierende sich durch vielseitige Erfahrungen zu mündigen
362 Mitgliedern der Gesellschaft bilden können sollen.

363 Nach der Erlangung des Bachelor muss jede*r Studierende die Möglichkeit bekommen, einen
364 Masterstudiengang zu belegen. Hier ist ausreichend Kapazität zu schaffen. Und auch hier gilt die
365 Zulassungsfreiheit. Um Hürden in den Masterstudiengänge effektiv zu verhindern und einen
366 freien Zugang zu sichern, fordern wir einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf einen
367 Master.

368 Doch hört nach Ausbildung und Studium nicht die Bildung auf, sondern in der Realität hat der
369 Mensch auch weiterhin ein Bedürfnis nach Bildung bzw. Weiterbildung. Diese muss und sollte
370 vom Staat gefördert werden. Um auch im Arbeitsleben allen die Möglichkeit zur Bildung frei von
371 Zwängen des Berufsleben zu bieten, fordern wir die Einführung eines gesetzlichen
372 Bildungsurlaubs. Jede*r Arbeitnehmer*in bekommt einen Anspruch auf eine Woche
373 Bildungsurlaub. Auszubildende sollen auch fernab der Ausbildung die Möglichkeit einer
374 umfassenden Bildung bekommen können und sollen daher einen Anspruch auf zwei Wochen
375 Bildungsurlaub bekommen.

376 Daneben darf die Erwachsenenbildung nicht vom Geldbeutel der Arbeitnehmer*innen abhängen,
377 sondern die Staatsregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass es staatliche Bildungsangebote gibt.
378 Gerade in den Zeiten des immer schnelleren technischen und inhaltlichen Fortschritts ist es

379 enorm wichtig, dass in die Erwachsenenbildung investiert wird. Deswegen müssen die Weiterbil-
380 dungsangebote ausgebaut und verstärkt staatlich finanziert werden. Dazu gehört auch, dass er-
381 werbslose Menschen sich in den Bereich (weiter-)bilden dürfen und können, in denen sie auch
382 ihre Profession haben. Die Arbeitsagenturen sollen dieses unterstützen und fördern. Dennoch
383 müssen einige "Weiterbildungsmaßnahmen" der Arbeitsagentur auf den Prüfstand, da diese lei-
384 der zu oft nur der Schönung der Statistiken dienen und nicht der Unterstützung der erwerbslosen
385 Menschen dienen. Auch muss sich ein erwerbsloser Mensch ohne Angst vor Repressionen und
386 sozialen Unsicherheiten (weiter-)bilden dürfen.

387 Für viele oberfränkische Familien steht aber eine große Hürde zwischen ihnen und der Bildungs-
388 möglichkeiten für ihre Kinder: der eigene Geldbeutel. Bildung ist teuer, sie fängt jedoch schon im
389 frühen Kindesalter an. Daher fordern die Jusos Oberfranken kostenlose KiTa-Plätze für Eltern und
390 Kommunen, die Abschaffung der Studiengebühren sowie kostenlose Mittagessen in der Schule
391 und in der Kindertagsstätte für finanzschwache Familien und ein elternunabhängiges und be-
392 darfungsgerechtes BAFOeG.

393 **3.5 Öffentliche Daseinsvorsorge**

394 Oberfranken hat viele Straßenkilometer und der PKW Anteil pro 1.000 Menschen liegt über dem
395 Durchschnitt. Die EinwohnerInnen Oberfrankens sind auf ihr Fahrzeug angewiesen, um täglich zur
396 Arbeit zu kommen und um damit ihr Lebensgrundlage zu erwirtschaften.

397 Ein großes Problem sind die steigenden Kosten zur Deckung von überlebenswichtigen Gütern
398 und Dienstleistungen. Die Strom-, Mineralöl und Treibstoffpreise steigen stetig. Es gibt keine
399 Aussicht auf eine fallende Tendenz. Das betrifft zwar viele GeringverdienerInnen, aber auch viele
400 junge Menschen: SchülerInnen, StudentInnen, PraktikantInnen, VolontärInnen und Auszubilden-
401 de.

402 Strom, Öl und Treibstoff sind sehr wichtige Faktoren. Ohne Strom kein Licht und kein Kühl-
403 schrank, ohne Öl keine Heizung und ohne Benzin oder Diesel keine Fahrt zur Arbeit. Leider ist für
404 viele Menschen in Oberfranken das Aufbringen des nötigen Geldes für Strom, Heizung und Treib-
405 stoff zu einer Schwierigkeit geworden. Nicht weil die Menschen nicht mit Geld wirtschaften kön-
406 nen, sondern weil die Preise in das Unermessliche gestiegen sind. Hier besteht dringender Hand-
407 lungsbedarf!

408 Eine Preisobergrenze für solche Güter und Dienstleistungen hat nicht die gewünschte Wirkung,
409 da der Preis dann nie unter diese Grenze fallen und damit nie dem Marktpreis entsprechen wird.
410 Für die Jusos Oberfranken gibt es daher nur eine Lösung: Die Verstaatlichung der Energie- und
411 Mineralölwirtschaft. Wie beim Wasser muss der Staat hier kostendeckend anbieten.

412 Die Profitgier der Konzerne hat damit ein Ende. Preissenkungen werden im vollen Umfang an die

413 KonsumentInnen weitergegeben. Im Energiesektor sind natürlich kommunale Genossenschaften
414 zuzulassen. Es ist klar, dass eine solche Umstellung nicht über Nacht geschehen kann. Internatio-
415 nale Abkommen wie der EG-Vertrag müssen erst geändert werden. National sowie International
416 muss erst darauf hingearbeitet werden. Die Verstaatlichung der Energie- und Mineralölwirtschaft
417 muss ein langfristiges Ziel der SPD in diesem Politikfeld sein.

418 **3.6 Klassische Jugendpolitik**

419 **3.6.1 Allgemeines**

420 Die gerade durchgeführten Analysen und die daraus entwickelten Thesen und Forderungen sind
421 zugegebenermaßen sehr unüblich für einen jugendpolitischen Antrag. Unsere Forderungen ge-
422 hen gewollt über die übliche Jugendpolitik hinaus, da nur ein ganzheitlicher Politikansatz zu einer
423 langfristigen Perspektive für junge Menschen führt. Diskobusse und Jugendzentren sind notwen-
424 dige Institutionen für eine funktionierende Region, jedoch nützen sie alleine wenig, wenn Ju-
425 gendliche in ihrer Heimat keine Perspektive haben oder wenn ihr Eltern gezwungen werden, die
426 Region aus wirtschaftlichen Gründen zu verlassen.

427 Die Jugendpolitik muss den jungen Menschen ermöglichen, sich selbst zu verwirklichen, also ihr
428 Leben zu leben. Welche Antworten kann die klassische Jugendpolitik darauf geben?

429 **3.6.2 Öffentlicher Nahverkehr**

430 Eine große Hürde ist freilich das Geld. Kinobesuche sind teuer und fast schon zum Luxus gewor-
431 den. Die Preise für öffentliche Verkehrsmittel steigen stetig. Die Busfahrpläne werden immer wie-
432 ter ausgedünnt. Jugendliche ab einem Alter von 15 Jahren zahlen den Normalpreis. Wir fordern
433 daher im Regionalverkehr in Bayern einen jugendfreundlichen Tarif für Jugendliche im Alter von
434 15 bis 21, sowohl im Schienenverkehr als auch im Busverkehr. Darüber hinaus müssen die Bus-
435 fahrpläne stärker an die Bedürfnisse Jugendlicher angepasst werden.

436 An dieser Stelle sind natürlich auch die klassischen Diskobusse zu nennen. Diese bringen jugend-
437 liche zu einer Party und auch wieder nach Hause. Leider werden solche Projekte viel zu selten
438 realisiert, obwohl es auch deutlich flexiblere Formen für die eher ländlichen Gebiete gibt. Älteren
439 Menschen werden BürgerInnen-Busse oder Anruf-Sammel-Taxen angeboten, mit denen sie güns-
440 tig und seniorengerecht einkaufen fahren können. Leider wird jugendlichen so etwas nicht zuge-
441 standen. Wenn das letzte Anruf-Sammel-Taxi um 18:30 Uhr fährt, kann man kaum von jugendge-
442 rechten Fahrplänen sprechen. Die Jusos Oberfranken fordern einen deutlichen
443 Ausbau solcher Projekte. Jugendliche, die selbst solche Vorhaben verwirklichen wollen, dürfen
444 sozialdemokratischen Politikerinnen nicht allein gelassen werden. Dabei geht es keinesfalls darum
445 die Generationen gegeneinander auszuspielen. Wir Jusos in Oberfranken sind sicher, dass es
446 möglich ist, ein Angebot im öffentlichen Nahverkehr zu gestalten, das sowohl den Anforderun-
447 gen von SeniorInnen als auch Jugendlichen gerecht wird. Dass eine solche Ausweitung des Ver-

448 kehrt zusätzliche Finanzen erfordert, ist uns bewusst – wir sehen es allerdings als notwendige
449 Maßnahme für eine lebenswerte Region an.

450 Durch derartige Angebote werden Autofahrten unter Alkoholeinfluss sicherlich reduziert. Doch
451 das ist jedoch kein Problem allein der Jugend, sondern ein gesamtgesellschaftliches. Es gibt ge-
452 nüg Erwachsene, die aus der Dorfkneipe oder nach dem Besuch des Fußballplatzes mit dem
453 Auto nach Hause fahren. Es ist deshalb jugendlichen gegenüber unfair, dieses Problem überwie-
454 gend als Jugendproblem zu definieren.

455 **3.6.3 Kommunale Jugendarbeit**

456 Auch Jugendzentren müssen deutlich mehr gefördert werden. Jugendliche brauchen vor Ort at-
457 traktive Angebote und eine kompetente Betreuung. Deshalb fordern die Jusos Oberfranken ein
458 Programm zur Errichtung von Jugendzentren in Gemeinden. Fachkundiges Personal soll sich um
459 die Jugendlichen kümmern können. Dieses muss durch den Freistaat Bayern gefördert werden,
460 da sich die meisten Gemeinden keine qualitativ hochwertigen Jugendzentren leisten können. Sol-
461 che Jugendzentren sind ein wichtiges Instrument der demokratischen Bildung. In Gruppen und
462 Vereinen integrierte Jugendliche sind weniger anfällig für die Hetzparolen extremer Gruppierun-
463 gen.

464 Darüber hinaus fordern die Jusos Oberfranken den Ausbau der Gemeindejugendarbeit in den
465 Kommunen. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur Identifikation der jungen Menschen mit
466 den Gemeinden. Schließlich machen sie nicht nur wichtige Freizeitangebote außerhalb und in Zu-
467 sammenarbeit mit Vereinen, sondern sie sorgen sich auch um die Beteiligung der Jugendlichen
468 an der Gemeindeentwicklung. Nur eine Gemeinde, die die Bedürfnisse ihrer nachwachsenden
469 Generation beachtet und in die Zukunftsplanungen mit aufnimmt vermag es den Standort für die-
470 se Menschen attraktiv zu halten. Diese Beteiligung muss professionell begleitet werden. Dafür
471 müssen Mittel zur Verfügung stehen, die manche Kommunen aber nicht alleine aufbringen kön-
472 nen. Wir fordern eine finanzielle Unterstützung.

473 **3.6.4 Perspektive Ausbildung und Beruf?**

474 Viele Jugendliche sehen in Oberfranken keine Perspektive. Selbst die Ausbildungsplatzsuche ge-
475 staltet sich oft schwierig. Unternehmen, die nicht ausbilden, müssen durch die Ausbildungsplatz-
476 umlage zur Verantwortung gezogen werden. Die Mittel die dadurch eingenommen werden, sol-
477 len wieder in Oberfranken in Ausbildung investiert werden.

478 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Selbstverpflichtungen der Unternehmen nie zum gewünsch-
479 ten Ergebnis führen. Deswegen ist die Ausbildungsplatzumlage gesetzlich verpflichtend und
480 ohne Schlupflöcher einzuführen. Nur Kleinst-Handwerksbetriebe sind von der Pflicht auf Antrag
481 zu befreien.

482 **3.6.5. Jugendliche ernst nehmen**

483 Schließlich wollen Jugendliche in erster Linie eines: sie wollen ernst genommen werden. Sie wol-
484 len am politischen Leben teilhaben und sich einbringen. Und sie wollen ihr Leben leben und auch
485 Spaß haben.

486 Schon in der Grundschule wird auf die Kinder ein unheimlicher Leistungsdruck ausgeübt. Aber
487 der dritten Klasse sollen sie kleine und funktionierende Erwachsene sein. Ab einem Alter von 14
488 sind jugendliche strafmündig. Von ihnen wird erwartet die Pflicht zu übernehmen, sich für ihr
489 Handeln nach den Regeln der erwachsenen Gesellschaft zu verantworten. Aber an dieser dürfen
490 sie selbst nicht teilhaben. Wer strafrechtliche Verantwortung übernehmen kann, der/die kann
491 auch politische Verantwortung übernehmen. Daher fordern die Jusos Oberfranken ein Wahlrecht
492 ab 14 Jahren.

493 Neben all diesen Pflichten, neben Bildung und Arbeit muss jungen Menschen aber auch Spaß
494 und Lebensfreude zugestanden werden. Doch oft wird jede Party genaustens unter die Lupe ge-
495 nommen. Alkoholkonsum von Jugendlichen wird stets von vorneherein verteufelt, während der
496 gleiche Alkoholkonsum so genannter Erwachsener geduldet oder als normal angesehen wird.
497 Wenn Probleme mit Jugendlichen auftreten, werden diese Probleme und ihre Auswirkungen ein-
498 fach verboten anstatt sich deren Ursachen angenommen wird. Flatrate-Partys werden verboten.
499 Der Alkoholverkauf an Tankstellen wird außerhalb der Ladenöffnungszeiten verboten. Alkohol-
500 konsum auf öffentlichen Plätzen wird verboten.

501 Jugendliche werden nicht vernünftiger, indem man den Alkoholverkauf nachts an Tankstellen ver-
502 bietet. Wenn jemand Alkohol haben will, dann beschafft er/sie ihn dann anderweitig. Jugendli-
503 che, die sich mehr als einmal sinnlos betrunken machen wollen, werden nicht davon abgehalten,
504 indem man den Alkoholkonsum in der Innenstadt verbietet. Verbotsforderungen sind zwar billig
505 in ihrer Umsetzung, aber nutzlos. Darüber hinaus diskreditieren sie alle Jugendliche, die verant-
506 wortungsvoll mit Alkohol umgehen.

507 Statt eines Verbots müssen viel mehr Mittel in die Aufklärung der Jugendlichen und in die Be-
508 kämpfung von Drogenkriminalität fließen. Wir fordern ein ehrliches Handeln der Landtagsfraktion
509 der SPD. Populistische Forderungen, die nicht zielführend sind, wollen wir nicht hören. Wir wollen
510 das Jugendliche ernst genommen werden. Die Jusos Oberfranken fordern daher einen Abkehr
511 der gebetsmühlenartig wiederholten Verbotspolitik. Wir fordern, dass bei der Betrachtung von
512 Alkoholkonsum Jugendliche und erwachsene Menschen nicht unterschiedlich betrachtet werden.

513 **4. Forderungen**

514 Zusammenfassend stellen die Jusos Oberfranken folgende Forderungen:

515 1. Die bayerische Staatsregierung muss aufhören, nur wenige Entwicklungszentren zu för-

- 516 dern. Eine gezielte Förderung strukturschwacher Regionen ist notwendig, um in Oberfran-
517 ken berufliche und private Perspektiven für junge Menschen zu erhalten und neue zu
518 schaffen.
- 519 2. Das Fördergefälle im ehemaligen Grenzland Oberfrankens muss beseitigt werden. Bei
520 wichtigen und nachhaltigen Projekten muss eine 90-prozentige Förderquote, sowie eine
521 zinsloses Darlehen des Freistaats für den kommunalen Eigenanteil möglich sein. Außer-
522 dem soll es ermöglicht werden, den Eigenanteil auch durch Eigenarbeit (beispielsweise
523 durch den Bauhof oder Bürger_innen) zu finanzieren. Finanzschwachen Kommunen wird
524 so ermöglicht, ein attraktives Lebensumfeld für junge Menschen und Familien zu schaffen.
- 525 3. Die Energiewende muss als Chance begriffen werden. Durch Genossenschaften wird die
526 Wertschöpfung vor Ort gehalten. Arbeitsplätze entstehen oder werden zumindest gesi-
527 chert und schaffen berufliche Perspektiven für junge Menschen in Oberfranken. Die baye-
528 rische Staatsregierung hat den Kommunen die erforderlichen Hilfestellungen zu leisten.
- 529 4. Bildungspolitikpolitik muss auch als Strukturpolitik begriffen werden. Die Jusos Oberfran-
530 ken fordern die Abschaffung der Mittelschule und die Einrichtung der Gemeinschaftsschu-
531 len, um die Schulstandorte in Oberfrankens Kommunen zu erhalten und diese für junge
532 Familien attraktiv zu halten.
- 533 5. Bildung muss für alle unabhängig vom Einkommen frei zugänglich sein. Daher fordern die
534 Jusos Oberfranken kostenlose Kindergarten für Eltern und Kommunen, die Abschaffung
535 der Studiengebühren sowie kostenlose Mittagessen in der Schule und im Kindergarten für
536 finanzschwache Familien und elternunabhängige und bedarfsdeckende Bildungsfinanzie-
537 rung durch den Staat..
- 538 6. Die bestehenden Bachelor- und Masterstudiengänge müssen derart umgestaltet werden,
539 dass jede*r Studierende die Möglichkeit bekommt nach seinen Vorstellung zu studieren
540 und sich auch entfalten kann. Die Studiengänge müssen so gestaltet werden, dass die
541 Probleme mit Anrechnung von Leistungen anderer Hochschulen nicht mehr bestehen.
- 542 7. Nach einem Bachelor-Studium muss jede*r Studierende das Recht auf einen Master-Studi-
543 um haben.
- 544 8. Jeder und Jedem muss die Möglichkeit auf Bildung lebenslang gewährleistet werden.
545 Dazu muss ein Recht auf Bildungsurlaub gesetzlich verankern. Die Staatsregierung muss
546 repressionsfrei den Zugang zu bedarfsgerechten und guten Weiterbildungsmöglichkeiten
547 insbesondere für erwerbslose Menschen fördern.
- 548 9. Die öffentliche Daseinsvorsorge inklusive der Mineralölwirtschaft muss in staatliche Hand,

- 549 um dem Profitwahn ein Ende zu setzen. Es muss aufhören, dass junge Menschen gerade
550 einmal soviel verdienen, dass sie ihren Arbeitsweg bezahlen können. Jungen Menschen
551 muss ermöglicht werden, durch ihre Entlohnung ihr Leben gestalten zu können.
- 552 10. Einen verbilligten Tarif für 15 bis 21-jährige bei Bus und Bahn im Regionalverkehr und eine
553 Anpassung der Fahrpläne an die Bedürfnisse junger Menschen.
- 554 11. Die Einrichtung von Diskobussen und Anruf-Sammel-Taxen, die speziell auf die Bedürfnis-
555 se junger Menschen zugeschnitten sind, in Oberfranken. Die bayerische Staatsregierung
556 und die Landkreise haben die Kommunen dabei zu unterstützen.
- 557 12. In Oberfranken muss die kommunale Jugendarbeit deutlich ausgebaut werden und vom
558 Freistaat besser als bisher gefördert werden.
- 559 13. Eine gesetzlich verpflichtende Ausbildungsumlage muss eingeführt werden, um allen Ju-
560 gendlichen einen Ausbildungsplatz zu ermöglichen.
- 561 14. Die Politik muss junge Menschen ernst nehmen. Zu den Pflichten müssen ihnen auch rech-
562 te eingestanden werden,. Daher fordern die Jusos Oberfranken ein Wahlrecht ab 14 Jah-
563 re.
- 564 15. Die Politik darf nicht auf alles mit einem Verbot reagieren. Junge Menschen dürfen nicht
565 von vornherein verteufelt werden. Es müssen die Ursachen der Probleme angepackt wer-
566 den anstatt deren Auswirkungen zu verbieten.

567 **Antragsnummer: RL1**
568 Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand
569 Adressat: SPD Bezirksvorstand zur Genehmigung

570 **Änderung der Richtlinien**

571 Abschnitt III. Ziffer 2b erster Anstrich:

572 streiche „nach der Zahl der Parteimitglieder der Unterbezirke“ und ersetze durch „nach der Zahl
573 der Jusomitglieder (das heißt alle SPD Mitglieder, die das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet
574 haben und alle Nur-Juso Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Jusos) der Unterbezirke.

575 Abschnitt III, Ziffer 2d

576 ersetze „8 Wochen“ durch „sechs Wochen“

577 Die Änderungen der Richtlinie treten am nach der Genehmigung durch den Vorstand des
578 Bezirksverbands der SPD in Kraft!

579 **Antragsnummer: A1**
580 Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand
581 Adressaten: SPD Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD Landesparteitag, Juso-Bundesko-
582 gress

583 **Neuregelung der Mehrwertsteuer**

584 Die heutige Mehrwertsteuer (auch: Umsatzsteuer) wurde 1968 mit dem Wandel der Allphasen-
585 Bruttoumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer eingeführt. Der Normalsatz betrug damals zehn Prozent,
586 der ermäßigte Satz fünf Prozent. Die Erhöhung des normalen Mehrwertsteuersatzes durch die
587 große Koalition auf 19 Prozent war bis dato die siebte und letzte Erhöhung. Der ermäßigte Steu-
588 ersatz beträgt aktuell sieben Prozent. Auf europäischer Ebene ist die Umsatzsteuer durch die am
589 01. Januar 2007 in Kraft getretene Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie (MwStSystRL) relativ einheit-
590 lich geregelt: Die Mitgliedsstaaten der EU können dabei den Regelsatz mit einer Untergrenze
591 von 15 Prozent und einer Obergrenze von 25 Prozent festlegen. Daneben ist es möglich für be-
592 stimmte Waren- bzw. Leistungsgruppen reduzierte Sätze zu erheben. Nach Maßgabe der EU-
593 Richtlinie können einzelne Leistungsgruppen auch ganz von der Mehrwertsteuer befreit werden.
594 In Deutschland wird die Nullsatzregelung beispielsweise in Bezug auf den internationalen Luft-
595 und Seeverkehr angewandt. Arztbesuche, Bankdienstleistungen und Mieten sind ebenfalls von
596 der Mehrwertsteuer befreit.

597 Mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz sollten ursprünglich wichtige Güter des täglichen Ge-
598 brauchs steuerlich geschont werden. In der Anlage 2 zu §12 Abs. 2 Nr. 1 und 2 UStG sind die Gü-
599 ter aufgeführt, für welche in Deutschland der niedrigere Steuersatz gilt. Allerdings folgt diese
600 Auflistung keiner bestimmten Systematik. Die vielen Änderungen und Ergänzungen der letzten
601 42 Jahre sind vielmehr das Ergebnis der Lobbyarbeit verschiedener Interessengruppen bzw. sie
602 dienten den regierenden Parteien dazu, Steuergeschenke für ihre jeweilige Klientel zu machen.
603 Dies konnte man zuletzt beim Beschluss des ermäßigten MwSt-Satzes für Hotelübernachtungen
604 auf Drängen der FDP beobachten. Das Ergebnis ist ein Waren- und Dienstleistungs-Misch-Masch
605 für welchen der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gilt, der unter objektiven Gesichtspunkten für nie-
606 manden nachvollziehbar ist. So gelten beispielsweise Schokolade oder Pornohefte als Güter des
607 täglichen Bedarfs und werden nur mit dem ermäßigten Satz besteuert, wohingegen Babywindeln
608 und Arzneimittel der vollen Besteuerung unterliegen. Lebensmittel werden mit sieben Prozent
609 besteuert. Genauso Leitungswasser und Tee. Für Mineralwasser gilt dagegen der Steuersatz von
610 19 Prozent. Pferde, einschließlich reinrassiger Zuchttiere, werden steuerlich begünstigt, ebenso
611 Maulesel und Maultiere. Esel hingegen werden mit 19 Prozent besteuert.

612 Die Änderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte führten im Ergebnis zu einer Rechtslage, wel-

613 che dringend einer Korrektur bedarf. Aus diesem Grund fordern wir Jusos eine grundlegende
614 Überarbeitung des §12 UStG, sowie der Anlage 2. Dabei sind insbesondere auch sozial- und fa-
615 milienpolitische Aspekte zu berücksichtigen. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz sollte dabei ne-
616 ben Lebensmitteln und Hygieneartikel für Kleinkinder insbesondere auch auf Medikamente und
617 Arzneimittel, sowie den Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs ausgeweitet werden. Wei-
618 tergehende Ermäßigungen insbesondere auf Güter, welche nicht die Grundbedürfnisse abde-
619 cken, bedürfen einer strengen Überprüfung. Damit soll dem ursprünglichen Grundgedanken des
620 ermäßigten Mehrwertsteuersatzes, eben die steuerliche Schonung von Gütern des täglichen Be-
621 darfs, Rechnung getragen werden.

622 Für Luxusgüter (Konsumgüter, welche in der Anschaffung einen Preis von 50.000 Euro überstei-
623 gen) fordern wir die Einführung eines erhöhten Mehrwertsteuersatzes in Höhe von 21 Prozent.
624 Anders als im Bereich der Einkommensteuer ist es bei der Mehrwertbesteuerung dem Konsu-
625 menten nicht möglich, die Steuerlast durch Buchungstricks zu mindern. Und auch hier gilt: Starke
626 Schultern müssen mehr tragen als schwache. Mit einem erhöhten Mehrwertsteuersatz auf Luxus-
627 güter würde somit auch ein Beitrag zu einer gerechteren Besteuerung in Deutschland geleistet.

628 **Antragsnummer: A2**

629 Antragsteller: Juso Unterbezirk Bayreuth

630 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag, SPD-Bezirks-
631 vostände Oberfranken und Oberpfalz

632 **Ausbau der Schieneninfrastruktur im ostoberfränkischen Raum**

633 Die Konferenz möge beschließen:

634 Wir Jusos setzen uns dafür ein, dass eine SPD - geführte Landesregierung die Schieneninfrastruk-
635 tur im ostoberfränkischen Raum als wichtigen Bestandteil ihrer Verkehrspolitik fördert und den
636 Ausbau vorantreibt. Insbesondere fordern wir, dass die Zahl der Gleise auf den Strecken im Bay-
637 reuther Umland aufgestockt wird und die Elektrifizierung des ostoberfränkischen Schienennetzes
638 schneller als bisher vorangetrieben wird. Ebenso muss die Bahnstrecke Richtung Weiden und von
639 dort nach Tschechien größere Gewichtung erhalten. Hierzu mögen die ostoberfränkischen und
640 nordoberpfälzischen SPD – Landtagsabgeordneten verstärkt zusammenarbeiten, um gemeinsam
641 für beide strukturschwachen Regionen zu wirken!

642 Begründung:

643 Dass dieingleisigkeit der Strecken nach und um Bayreuth herum den Schienenverkehr sehr stark
644 einschränkt und deshalb schnellstens zu beheben ist, bedarf keiner weiteren Begründung als der
645 Logik. Ostoberfranken ist ein sehr strukturschwacher Raum. Um ansässige wirtschaftliche Unter-
646 nehmen zu halten und neue anzusiedeln, muss ausreichende Infrastruktur für deren Warenverkehr
647 geschaffen werden. Moderner Verkehrspolitik oberstes Ziel muss aber immer sein, den Warenver-
648 kehr von den Straßen auf die Schiene zu verlagern. Um den Warenverkehr effektiv auf die Schie-
649 ne verlagern zu können, sind elektrifizierte Gleise unerlässlich – Güterverkehr mit Dieselloks ist
650 wirtschaftlich für kein Unternehmen tragbar, somit nicht sinnvoll. Deshalb hat unserer Meinung
651 nach die SPD auf eine möglichst schnelle Elektrifizierung des ostoberfränkischen Gleisnetzes hin-
652 zuwirken!

653 In einem vereinten Europa wachsen die deutschen und tschechischen Grenzregionen wirtschaft-
654 lich immer enger zusammen. Auch in Richtung Tschechien muss somit die Schieneninfrastruktur
655 ausgebaut werden, um Warenaustausch zu fördern!

656 Ostoberfranken und die nördliche Oberpfalz sind beides in München kaum wahrgenommene,
657 strukturschwache Regionen. Eine Zusammenarbeit der Abgeordneten beider Regionen verschafft
658 ihnen in München eine deutlich vernehmbarere Stimme und vermeidet, dass sie im Ringen um
659 Gelder gegeneinander ausgespielt werden. Dem infrastrukturellen Ausbau beider Regionen ist
660 eine Zusammenarbeit also sehr förderlich!

661 **Antragsnummer: A3**

662 Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

663 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag, SPD-Bezirks-
664 vstände Oberfranken und Oberpfalz

665 **Aufstockung der Fördermittel in der „Sozialen Stadt“**

666 Das Programm „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ wurde im Jahr
667 1999 unter einer Kooperation des Bundes mit den Ländern aufgelegt. Ziel war dabei, die als
668 „Abwärtsspirale“ bezeichnete negative Entwicklung in so genannten benachteiligten Stadtteilen
669 nach Möglichkeit aufzuhalten und im Zuge dessen die Lebens- und Wohnbedingungen der
670 Menschen vor Ort nachhaltig zu verbessern.

671 Das Programm wurde auf dem Hintergrund einer kleinräumigen Segregation ins Leben gerufen,
672 welche seit den 1990er Jahren in Deutschland dazu führt, dass zahlreiche Wohngebiete bzw.
673 Stadtteile ins Hintertreffen geraten und einem Abwertungsprozess unterliegen. Stichworte wie
674 Globalisierung, Deindustrialisierung sowie Deregulierung spielen dabei eine große Rolle. Folge
675 davon ist eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Hinblick auf den Zugang zu guter Arbeit,
676 geregelterem Einkommen und einem zufriedenstellenden Lebensstil einzelner Bevölkerungsteile.

677 So sind betitelte Quartiere oft gekennzeichnet durch diverse Problemlagen in den
678 unterschiedlichsten Bereichen. Sowohl im städtebaulichen als auch im sozialen Bereich
679 entstanden und entstehen Spannungen, welche dazu führen, dass Nachbarschaften überfordert
680 sind und die Lebensbedingungen für die Bevölkerung vor Ort sich zunehmend schwierig
681 gestalten. Viele der Quartiere sind von eingeschränkten und veralteten Wohnstrukturen
682 gekennzeichnet. Hinzu kommen soziale Spannungen, welche durch generationale und kulturelle
683 Konflikte entstehen. Die Bevölkerung in diesen Stadtteilen hat oft einen hohen Anteil an
684 Arbeitslosigkeit und Transferleistungen. Zunehmend entsteht daraus ein Abwärtsprozess, welcher
685 durch ein negatives Image dieser Stadtteile zusätzlich befeuert wird. Konsequenz davon ist
686 oftmals der zusätzliche Abzug sozialkultureller Infrastruktur und lokaler Ökonomie.

687 Das Programm „Soziale Stadt“ antwortet darauf mit einem integrierten Ansatz der
688 Gemeinwesensentwicklung. Dies meint, dass Maßnahmen und Projekte aus unterschiedlichen
689 Politikbereichen und unter der Zusammenarbeit verschiedener Ressorts aus Politik und
690 Verwaltung realisiert werden sollen. Dabei geht es sowohl um inhaltlich als auch instrumentell-
691 strategische Handlungsfelder, welche bearbeitet werden. So geht es um neue Wertschöpfung
692 und den Aufbau einer funktionierenden lokalen Ökonomie vor Ort. Aber auch um eine lebendige
693 Stadtkultur, dem niedrigschwelligen Zugang zu Angeboten des Sozialen, Verbesserungen im
694 Wohnumfeld und einer Imageverbesserung durch nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit auf
695 inhaltlicher Ebene. Auch die Themen Gesundheitsförderung und Bildung spielen dabei eine
696 große Rolle.

697 Auf instrumentell-strategischer Ebene ist vor allem der Ansatz des Quartiersmanagements
698 hervorzuheben. Dieses versucht als Ansprechpartner vor Ort funktionierende und sich selbst
699 tragende Strukturen vor Ort zu unterstützen bzw. zu installieren. Hierzu ist es nötig Ressourcen zu
700 bündeln und Institutionen bzw. Angebote zu vernetzen. Ein wichtiger Aspekt ist weiterhin die
701 Aktivierung der Bürgerschaft vor Ort für ihre eigenen Belange. Bürgerbeteiligung ist somit ein
702 entscheidender Faktor im Programm „Soziale Stadt“.

703 Im Jahr 2010 wurde das Programm noch mit knapp 100 Millionen Euro gefordert. Dies
704 ermöglichte es den Kommunen und weiteren Investoren vor Ort wichtige Projekte sowohl im
705 städtebaulichen als auch sozialen Bereich umzusetzen. Auch das wichtige Quartiersmanagement

706 vor Ort konnte dadurch nachhaltig arbeiten und unter anderem auch durch das Anzapfen von
707 Zusatzprogrammen zur „Sozialen Stadt“ und einer damit einhergehenden Mittelbündelung
708 wichtige Projekte auf den Weg bringen. Im Jahr 2011 wurde das Programm dann von der
709 Regierung um circa 70 % gekürzt und die Forderung betrug nur noch ca. 28 Millionen Euro für die
710 gesamte Republik und alle Kommunen, welche sich in diesem Programm befinden. Damit ist das
711 Programm „Soziale Stadt“ dasjenige, welches am meisten unter den Mittelkürzungen in der
712 Städtebauforderung zu leiden hat. Und das obwohl tagein tagaus um solche Themen wie
713 Integration eine oft haltlose und plakative Debatte geführt wird. Das Programm „Soziale Stadt“
714 leistet zu einem Wir-Gefühl in der Bevölkerung einen wichtigen Beitrag und vermag es
715 Bevölkerungsteilen, welche zunehmend abgehängt werden, eine neue Perspektive vermitteln zu
716 können. Dies zeigen nicht zuletzt die zahlreichen positiven Beispiele im großen als auch im kleinen
717 Stile.

718 Im Jahr 2012 wurden die finanziellen Mittel in dem Programm 1 zwar wieder auf 40 Millionen
719 erhöht, doch diese Mittel erschienen für ein nachhaltiges und integriertes Arbeiten bei der hohen
720 Anzahl der Programmgebiete in Deutschland nicht ausreichend. Hinzu kommt, dass soziale
721 Aspekte vollkommen in den Hintergrund gedrängt wurden und mittlerweile nicht mehr gefördert
722 werden. Vor allem das wichtige Quartiersmanagement als Ansprechpartner vor Ort hat darunter
723 zu leiden und verschwindet aufgrund fehlender Mittel inmitten wichtiger Prozesse in den
724 Quartieren. Der neue Titel des Programms „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“
725 unterstreicht dabei den alleinigen Fokus auf baulich-investive Maßnahmen. Dies erscheint
726 schlichtweg aber zu wenig und zu kurz gedacht. Folge davon ist mittlerweile, dass Kommunen
727 das Programm wechseln und Quartiersmanagements komplett wegfallen. Somit sind auch die
728 aufgebauten Strukturen vor Ort gefährdet, da die Vorbereitung einer nachhaltig wirksamen
729 Verstetigung Zeit braucht. Die Regierung spart damit weiter bei den Bevölkerungsschichten,
730 welche sowieso schon zahlreichen Problemlagen ausgesetzt sind und lässt zusätzlich noch die
731 Kommunen mit diesen komplexen Herausforderungen allein. Auch dies zeigt abermals, dass die
732 so genannte Finanz- und Wirtschaftskrise abermals auf den Schultern der kleinen und mitunter
733 armen Bevölkerungsmilieus ausgetragen wird. Dem ist Einhalt zu gebieten.

734 Das Programm wurde mittlerweile zwar nicht eingestellt, aber so weit reduziert, dass es nur noch
735 ein Papiertiger ist. Und das obwohl es nachweislich ein sehr erfolgreiches
736 Städtebauförderprogramm ist bzw. war! Sowohl im sozialen als auch im investiven Bereich
737 konnten viele positiven Effekte verzeichnet werden. Es gibt momentan zwar das Gerücht, dass
738 an einem neuen Programm gearbeitet wird, aber für viele Kommunen und als
739 Quartiersmanager_in tätige herrscht eine hohe Planungssicherheit. Und die letztendlichen
740 Verlierer_innen sind die Menschen vor Ort!

741 **Daher fordern wir:**

742 1.) Eine ordentliche und mit den Gremien der Städte und Gemeinden koordinierte, Ausstattung
743 des Programms Soziale Stadt mit finanziellen Mitteln.

744 2.) Die Wiederaufnahme eines integrierten Ansatzes, welcher gerade auch soziale Momente und
745 Projekte fordert und gestaltet.

746 3.) Insgesamt die Wiederaufstockung der Städtebaufördermittel auf den Stand von 2010, sodass
747 die Kommunen wieder sicherer planen können und mit ihren zahlreichen Herausforderungen
748 nicht immer mehr alleine gelassen werden.

749 4. Die Neuauflage eines Nachfolgeprogramm, welches konzeptionell bauliche und soziale Dinge
750 zusammenbringt und ausreichend finanziert ist. Dieser Bedarf ist in Absprache mit den
751 Kommunen zu ermitteln. Und zwar noch vor der Bundestagswahl! Brücken die gebaut werden
752 konnten, brechen ansonsten wieder ein!

753 **Antragsnummer: A4**

754 Antragsteller: Juso-Unterbezirk Bamberg/Forchheim

755 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag, SPD-Bezirks-
756 vorstände Oberfranken und Oberpfalz

757 **Den gemeinsamen Asylraum Europa menschenwürdig und soli-** 758 **darisch gestalten!**

759 Im Jahr 2011 beschloss der Juso Bundeskongress den umfangreichen Antrag des Bundesvor-
760 stands: „Offenes Europa statt Zäune und Abfangboote: Für eine fortschrittliche europäische Mi-
761 grations- und Asylpolitik“. Der eingereichte Antrag soll als Ergänzung des Antrags von 2011 und
762 als Aufforderung gegenüber der SPD-Bundesebene verstanden werden, auch weiterhin auf ein
763 offenes Europa hinzuwirken und dieses in Zukunft aktiver mitzugestalten. Seit dem Wegfall der
764 Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums wuchs auch in den Köpfen europäischer Ent-
765 scheidungsträger zunehmend das Bewusstsein, dass das System nationalstaatlicher Asylbestim-
766 mungen einem europäischen System weichen muss. Die Umsetzung dieses Gedanken ist jedoch
767 vornehmlich von bürokratischen, sicherheits- und hoheitspolitischen Bestimmungen geprägt und

768 fand im System von Dublin II seine perfide Manifestierung. Dieses perfide System
769 „systematisch[...] politische[r] Ursachen“¹⁴ gilt es mit konkreten Maßnahmen außer Kraft zu set-
770 zen.

771 Forderungen:

772 **1. Die Abschaffung der Wertgutscheinausgabe für Flüchtlinge. Stattdessen die bare Auszah-**
773 **lung der den Asylbewerbern zustehenden Leistungen.**

774 Begründung: Nach §3 AsylbLG (Asylbewerberleistungsgesetz) wird „der notwendige Bedarf an
775 Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und
776 Verbrauchsgütern des Haushalts [...] grundsätzlich durch Sachleistungen gedeckt“. §3 Abs. 2
777 AsylbLG lässt unter gewissen Voraussetzungen ein Abweichen vom Sachleistungsprinzip zu. Diese
778 Alternativen sind oftmals Geldleistungen, jedoch auch Wertgutscheine. Für diese Wertgutscheine
779 können nur bestimmte Produkte in einzelnen Läden gekauft werden: Im wesentlichen Lebensmit-
780 tel, Kleidung und Hausrat von geringem Anschaffungswert. Viele alltägliche Dinge wie Busfahr-
781 karten, Briefmarken oder ausländische Presse können nicht mit Wertgutscheinen bezahlt werden,
782 genauso wie Medikamente, Eintrittskarten für Schwimmbad, Kino, alkoholische Getränke oder Zi-
783 garetten, die Telefonrechnung oder auch die für das Asylverfahren und die Sicherung des Aufent-
784 haltes von Migrant_innen unverzichtbare Inanspruchnahme eine/r Rechtsanwält_in.

785 Auch sind die Gutscheine nur regional gültig und können nur Quartalsweise eingelöst werden.
786 Darum sind Gutscheine für Flüchtlinge diskriminierend und grenzen sie von der gesellschaftlichen
787 Teilhabe aus. In Mecklenburg-Vorpommern werden Wertgutscheine als Strafen eingesetzt, wenn
788 Asylbewerber_innen nicht mit dem Amt für Migration und Flüchtlingsangelegenheiten (AMF) ko-
789 operieren. Dies ist jedoch nicht der richtige Ansatz um eine gute Zusammenarbeit zu gewährleis-
790 ten. Wertgutscheine erhöhen lediglich die soziale Isolation der Asylbewerber_innen. Dies jedoch
791 kann nicht Ziel sozialdemokratischer Politik sein. Kein Mensch ist illegal.

792 **2. Unschuldsvermutung als Grundlage eines Asylverfahrens**

793 Begründung: Die von Bundesinnenminister Friedrich an den Tag gelegte und zuletzt auf dem EU
794 Innenministertreffen auch von verschiedenen Kollegen aufgegriffene Polemik des massenhaften
795 Asylmissbrauchs in Europa, in der Argumentation Friedrichs besonders die Roma und Sinti aus
796 Serbien und Mazedonien betreffend, stellt diese unter einen Generalverdacht. Dadurch ergeben
797 sich für diese Bevölkerungsgruppen bei der Antragsstellung massive Nachteile. Im Asylverfahren
798 muss genau wie in einem strafrechtlichen Verfahren der oberste Grundsatz immer der der Un-
799 schuldsvermutung sein. In dubio pro profugo.

14 Beschlussbuch Juso-Bundeskongress 2011: „Gerecht für alle“. Beschluss E5; S. 90, Z. 18.

800 **3. Gesetzliche Verankerung erweiterter Asylgründe und Wiederherstellung des Asylgrund-** 801 **rechts**

802 Begründung: „Als Asylgründe müssen neben den bestehenden auch die Flucht vor nichtstaatli-
803 cher Verfolgung anerkannt werden, ebenso wie die Flucht von Kriegs- und Konfliktschauplätzen,
804 von Hungerkatastrophen, von Verwüstung, von anderen ökologischen Katastrophen sowie die
805 Flucht vor geschlechtsspezifischer Verfolgung und solche aufgrund der sexuellen Orientierung.“¹⁵

806 Dazu bedarf es einer Reformierung bestehender EU-Richtlinien. Denn zumindest aus juristischer
807 Perspektive ist der Aussage, dass es „immer noch keine einheitlichen europäischen Standards in
808 der Asylpolitik“¹⁶ gäbe zu widersprechen. Die Mindestnormen über die Anerkennung als Flücht-
809 ling oder anderweitig schutzbedürftiger Person wird durch die Richtlinie 2004/83/EG¹⁷ geregelt.
810 Die hier aufgenommenen Asylgründe orientieren sich an der Genfer Flüchtlingskonvention. Men-
811 schen, die von den oben genannten Fluchtgründen betroffen sind, wird höchstens subsidiärer
812 Schutz oder unter besonderen Umständen vorübergehender Schutz im Falle eines Massenzu-
813 stroms gemäß der Richtlinie 2001/55/EG¹⁸ gewährt. Die Richtlinie 2004/83/EG ist gemäß dem
814 Juso-Beschluss E5 aus dem Jahre 2011 anzupassen. Damit einher geht der Wegfall des subsidi-
815 ären Schutzes, da Fluchtgründe die bislang unter diesen fielen nunmehr als „vollwertige“ Asyl-
816 gründe anzusehen sind.

817 In diesem Zuge sollte auch das Grundrecht auf Asyl, welches bis 1992 in Art. 16 Abs. 2 GG a.F.
818 galt, vollumfänglich wiederhergestellt werden und um die schon genannten Gründen erweitert
819 werden. Die diskriminierenden und menschenunwürdigen Regelungen des Art. 16a Abs. 2 bis 5
820 sollten ersatzlos gestrichen werden. Nur so kann auch in der Bundesrepublik Deutschland ein
821 Asylrecht gewährt werden, das den Namen Asylrecht auch verdient.

822 **4. Anerkennung von allgemeinen Gefahren als individuelle Bedrohung**

823 Begründung: Die bereits im Punkt 3 erwähnten und einzuführenden Asylgründe wie Hunger oder
824 ökologische Katastrophen können prinzipiell als Gefahr für eine ganze Gesellschaft gesehen wer-
825 den. Prämisse der europäischen Asylgesetzgebung ist jedoch die besondere, individuelle Bedro-
826 hung einzelner Personen als Grundlage für eine Asylgewährung. Dies spiegelt sich auch in der
827 Richtlinie 2004/83/EG wieder: „(26) Gefahren, denen die Bevölkerung oder eine Bevölkerungs-
828 gruppe eines Landes allgemein ausgesetzt sind, stellen für sich genommen normalerweise keine
829 individuelle Bedrohung dar, die als ernsthafter Schaden zu beurteilen wäre.“¹⁹

830 Diese Unterscheidung von allgemeinen Gefahren und individuellen Bedrohungen ist jedoch men-
831 schenverachtend, da auch allgemeine Gefahren durch willkürliche Entwicklungen jedes Individu-

15 Ebenda; S. 96, Z. 5-9.

16 Ebenda S96 Z.12

17 ABI. L.304 vom 30.9.2004 S.12-33

18 ABI. L 212 vom 7.8.2001 S.12-23

19 ABI. L304, S.13

834 um der betroffenen Gesellschaft in seiner Existenz gefährden. Eine allgemeine Gefahr bedeutet
835 somit auch immer eine individuelle Bedrohung. Der Absatz ist daher in der Richtlinie entspre-
836 chend zu ersetzen.

837 **5. Verankerung menschenwürdiger Mindestnormen in EU-Richtlinien**

838 Begründung: Die Haupttrichtlinien der für die Aufnahmen, Aufnahmeverfahren sowie Lebensbe-
839 dingungen von Flüchtlingen zuständigen EU-Richtlinien (insbesondere 2003/9/EG, 2004/83/EG
840 sowie 2005/85/EG) enthalten nach Einschätzung der Antragsteller unzumutbare Normierungen.

841 Zur Veranschaulichung sollen hier einige Passagen angeführt werden: 2004/83/EG (29): „Famili-
842 enangehörigen von Personen, denen der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt worden ist, müssen
843 zwar nicht zwangsläufig dieselben Vergünstigungen gewährt werden wie der anerkannten Per-
844 son; die den Familienangehörigen gewährten Vergünstigungen müssen aber im Vergleich zu den
845 Vergünstigungen, die die Personen erhalten, denen der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt wor-
846 den ist, angemessen sein.“²⁰Dieser Passus verstößt gegen das Gleichheitsprinzip. Familienange-
847 hörigen sind die gleichen Vergünstigungen wie auch der anerkannten Person zu gewähren.

848 2004/83/EG (30): „Innerhalb der durch die internationalen Verpflichtungen vorgegebenen Gren-
849 zen können die Mitgliedstaaten festlegen, dass Leistungen im Bereich des Zugangs zur Beschäfti-
850 gung, zur Sozialhilfe, zur medizinischen Versorgung und zu Integrationsmaßnahmen nur dann ge-
851 währt werden können, wenn vorab ein Aufenthaltstitel ausgestellt worden ist.“²¹Insbesondere die
852 medizinische Versorgung bedarf keinerlei Kooperation zur Ausstellung des Aufenthaltstitels.

853 2003/9/EG, Artikel 10 (1): „Die betreffenden Mitgliedstaaten können vorsehen, dass der Zugang
854 auf das öffentliche Bildungssystem beschränkt bleiben muss.“²² Eine rechtlich verankerte Be-
855 schränkung auf einen Zugang zur Bildung können wir als Jusos nicht mittragen. Außerdem ent-
856 halten viele Artikel Kann-Regelungen, etwa beim Zugang zum Arbeitsmarkt, dieser kann gewährt
857 werden. Zielführender und verbindlicher wären in den meisten Fällen jedoch Muss-Regelungen.
858 Dies sind nur Auszüge aus den Richtlinien. Daher sollten die Richtlinien in Gänze überprüft und
859 auf eine Änderung im Sinne der Juso-Beschlüsse hingewirkt werden.

860 **6. Die Schaffung einer Europäischen Asylbehörde und die Benennung einer/eines** 861 **Kommissar*in der Europäischen Kommission für Migration**

862 Begründung: Zur Vereinheitlichung, Koordinierung und Kontrolle des geforderten offenen Euro-
863 pas ist es unumgänglich, auch auf europäischer Ebene Institutionen und Zuständigkeiten zu schaf-
864 fen, die die Umsetzung eines offenen Asytraum Europa garantieren.

20 Ebenda

21 Ebenda

22 ABl. L31 vom 6.2.2003, S.21.

865 **7. 2014: Das Nachfolgeprogramm des Stockholmer Programms aktiv mitgestalten**

866 Begründung: Grundlage der gemeinsamen Europäischen Asylpolitik sind bislang die 5-Jahres-
867 Programme der EU für eine gemeinsame Innen- und Sicherheitspolitik. Zuletzt das 2009 verab-
868 schiedete und für den Zeitraum zwischen 2010-2014 geltende „Stockholmer Programm“²³ und
869 der dazugehörige Aktionsplan²⁴

870 Neben der Intransparenz bei der Entstehung und Entscheidung über das Programm bemängeln
871 zahlreiche NGOs und Journalisten die Konzentration auf sicherheitspolitische Aspekte, etwa der
872 Terrorismusbekämpfung. So wird auch das Thema Asyl aus einer sicherheitspolitischen Perspekti-
873 ve betrachtet und nicht aus einer humanitären:

874 „Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit setzen die EU-Mitgliedstaaten mit dem Stockholmer
875 Programm ihre zunehmend repressive Politik in der Union fort. Das Programm der nächsten fünf
876 Jahre stärkt die Festung Europa. [...] Der Verdacht liegt nahe, dass hinter dem Stockholmer Pro-
877 gramm auch die Angst der Regierenden vor den Folgen ihrer ungerechten Sozialpolitik und der
878 Gefahr krisenhafter Zuspitzungen steckt.“²⁵

879 Der Untertitel des Stockholmer Programmes „Ein offenes und sicheres Europa im Dienste und
880 zum Schutz der Bürger“ wird da beinahe zur Farce. Die Offenheit Europas wird der Sicherheit
881 hintangestellt. Für die Zukunft müssen Jusos wie auch SPD auf eine transparentere Entschei-
882 dungsphase hinwirken und auch inhaltlich neue Schwerpunkte setzen.

883 **Antragsnummer: A5**

884 Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

885 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz

886 **Mehr Sicherheit bei den Jusos: SanitäterIn jetzt!**

887 Die Jusos Oberfranken fordern einen SanitäterIn für sämtliche Juso-Veranstaltungen in Bayern. Es
888 können diverse Notfälle auftreten, diesen muss professionell entgegengetreten werden. Der Not-
889 fallkoffer muss für alle Eventualitäten ausgestattet sein, die auf solchen Veranstaltungen auftreten
890 können. Der Nofallkoffer sollte auf jeden Fall beinhalten: Pflaster, Mullbinden, Gipsbinden. Natur-
891 lich dürften so banale Dinge wie Taschentücher auch nicht fehlen, es könnte ja einmal zu akuten

23 ABI. C 115 vom 4.5.2010

24 KOM(2010) 171 endg.- nicht im Amtsblatt veröffentlicht

25 Wich, Christine: Sicherheit um jeden Preis. Das Stockholmer Programm der europäischen Union. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2010, S.91-98

893 Traurigkeitszuständen kommen bzw. auch zu Epistaxis (Nasenbluten) oder natürlich auch einem
894 grippalen Infekt, wo Taschentücher einfach essentiell notwendig sind (Taschentücher werden ver-
895 teilt). Grippemittel jeglicher Art, z. B. Grippostad, diverse Mittel zum Einreiben, Nasensprays etc.
896 Salben, Cremes und Gele sollten vorhanden sein, z. B. Diclofenac oder Voltaren. Dabei sind na-
897 türlich auch Mittel gegen Refluxösophagitis bei Zustand nach erhöhtem Alkoholkonsum (Alkohol
898 in Kombination mit Nikotin). Tabletten jeglicher Art, auch zum Auflösen (z. B. gegen Schmerzen,
899 Grippe, Vitamine etc.), gegen Schmerzen - hier insbesondere stärkste Schmerztabletten wie Nova-
900 minsulfon (stimmungssteigernd, extrem schmerzhemmend!), Depressionen (Citalopram, Valdox-
901 an), Fieber, Diarrhoe, Obstipation, Coitus interruptus - d. h. in diesem Fall hierfür die "Pille da-
902 nach"... dann natürlich auch Zäpfen in jeglicher Form gegen Schmerzen, Obstipation, Übelkeit
903 etc. Des Weiteren sollten auch unbedingt Kondome (werden evtl. verteilt!), Gleitgel und andere
904 entsprechende "Hilfsmittel" vorhanden sein.

905 Der/die SanitäterIn kümmert sich um sämtliche Belange, sowohl psychisch als auch physisch.
906 Der/die SanitäterIn stellt sicher, dass die verabreichten Medikamente auch ordnungsgemäß ein-
907 genommen werden, z. B. Tabletten oral, Zäpfen rektal Nasenspray nasal etc. Bei Bedarf wird die
908 Applikation durch die/den SanitäterIn vorgenommen, um eine regelrechte Einnahme zu gewähr-
909 leisten. Bei verschreibungspflichtigen Medikamenten wird der/die SanitäterIn einen entsprechen-
910 den Arzt konsultieren bezüglich der Rezeptierung bzw. Dosierung.

911 Des Weiteren sollten die Jusos jederzeit auch schon prophylaktisch auf eine gesunde Lebenswei-
912 se achten. Um damit gleich zu beginnen, erhält jede/r Anwesende einen Tee, wobei das Wasser
913 eine Temperatur zwischen 68 und 70 Grad Celsius haben muss. Täglich ist mindestens eine Tasse
914 Tee zu trinken zur allgemeinen Gesunderhaltung (es wird ein Teebeutel an jeden Anwesende/n
915 verteilt!).

916 **Antragsnummer: Ini1**

917 Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand (für TeilnehmerInnen des Grundlagenseminars)

918 Adressat: SPD Bezirksparteitag, Juso Landeskonferenz

919 **Dein Leben. Jugendpolitik für junge Menschen, nicht gegen sie.**

920 Jugendpolitik will die Lebensverhältnisse der Bevölkerungsgruppe der Jugendlichen unter
921 Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Anliegen gestalten. Doch oft wird eben diese

922 Jugendpolitik an den Jugendlichen vorbei gemacht. Es wird nicht gefragt, was junge Menschen
923 wollen. Es wird einfach nach dem eigenen Gutdünken gestaltet. Doch hierbei wird oft übersehen,
924 dass die eigene Vorstellung der PolitikerInnen von dem, was Jugendliche wollen, mit deren
925 tatsächlichen Bedürfnissen auseinander fallen. Vielen PolitikerInnen fehlt das Gespür, auf die sich
926 verändernden Anliegen und Wünsche der Jugendlichen einzugehen. Denn diese ändern sich und
927 sind von Generation zu Generation anders.

928 Daher ist es die ureigenste Aufgabe der politischen Jugendorganisationen, junge Menschen zu
929 repräsentieren und ihre Wünsche und Anliegen in die Parteien zu bringen. Auf einem der Judo-
930 Seminare im Jahr 2013 wurde das Thema Jugendpolitik intensiv diskutiert. Junge Menschen
931 haben sich zusammen Gedanken gemacht, wo der Schuh drückt. Es wurde lange und spannend
932 diskutiert, Dabei wurden immer wieder Meinungen und Gedanken eines erfahrenen SPD-
933 Funktionärs einbezogen. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Diskussion in Forderungen
934 formuliert.

935 1. Partizipation am demokratischen Leben

936 1.1 Wir Jugendlichen wünschen uns einen besseren Zugang zu Volks- und Bürgerbegehren. Das
937 Volksbegehren gegen Studiengebühren ist ein gutes Beispiel: Durch das verkürzte Gymnasium
938 (G8) müssen die SchülerInnen schon als Minderjährige die Entscheidung treffen, ob sie studieren
939 wollen. Einige fangen sogar schon als Minderjährige das Studieren an,. Sie sind also von den
940 Studiengebühren und damit vom Volksbegehren direkt betroffen. Doch leider durften sie nicht
941 mit Abstimmen.

942 Wir fordern, das bei Volks- und Bürgerbegehren auch diejenigen abstimmen dürfen, die es
943 wirklich betrifft. Daher ist das Mindest-Teilnahme-Alter bei Volksbegehren auf 14 Jahre
944 herabzusetzen.

945 1.2

946 Auch an den anderen Willensbildungsprozessen unserer demokratischen Gesellschaft sind
947 Jugendliche besser zu beteiligen. Hierzu muss ein klares Konzept auf allen politischen Ebenen
948 von Kommune bis Bund gefunden werden.

949 2. Das Image Junger Menschen

950 Das Image der Bevölkerungsgruppe „Jugendliche“ und „junge Menschen“ ist sehr schlecht. Sie
951 werden meist nicht ernst genommen oder gelten als StörerInnen. Deshalb fordern wir

952 2.1 eine Imagekampagne für Jugendliche, die von den Jusos Oberfranken initiiert wird.
953 Jugendliche sind mehr als StörerInnen. Sie wollen aktiv am gesellschaftlichen Leben
954 teilhaben.

955 2.2 einen bessern Dialog zwischen den Generationen. Die Jusos Oberfranken sollen
956 dementsprechende Veranstaltungen konzipieren.

957 3. Schule und Ausbildung

958 3.1 Wir Jugendlichen fordern wohnortnahe Schulen. Die Politik muss alles dafür tun, dass die
959 Schulen am Wohnort erhalten bleiben

960 3.2 In der Ausbildung werden häufig zu hohe Anforderungen an die Auszubildenden gestellt.
961 SchulabgängerInnen der Hauptschulen wird von vorneherein das Gefühl gegeben, sowieso keine
962 Chance zu haben. Wir wollen, dass die Unternehmen allen Schulabgängern Chancen geben.

963 3.3 Wir wollen mehr Ausbildungsplätze, da entgegen anderslautender Meldungen, nicht jedeR
964 Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen kann.

965 3.4 Weiterhin fordern wir eine faire Bezahlung während der Ausbildung. Die
966 Ausbildungsvergütungen unterscheiden sich schon von Region zu Region sehr stark.
967 Auszubildende arbeiten genau so Vollzeit wie fest angestellte und dürfen häufig die Arbeiten
968 vollrichten, zu denen die Stammbesellschaft keine Lust hat. Wir wollen daher einen fairen
969 Umgang mit den Auszubildenden und eine faire Bezahlung. Man muss von einer
970 Ausbildungsvergütung mehr haben als nur die Kosten für die Fahrt zur Arbeit. Man muss auch
971 Spaß am Leben haben können.

972 3.6 In vielen Ausbildungsberufen müssen Schulgelder bezahlt werden. Wir sind der Meinung,
973 dass Bildung ein Grundrecht ist und daher kostenlos sein muss. Daher lehnen wir Schulgelder in
974 der Ausbildung ab und fordern deren Abschaffung.

975 3.5 Im handwerklichen Bereich schließt man die Ausbildung als Geselle bzw. Gesellin ab. Das ist
976 aber nur die halbe Miete. Nur mit dem Meister-Abschluss kann man voll beruflich tätig werden
977 und dann selbst Auszubildende ausbilden. Der Meister kann jedoch bis zu 6.000 Euro kosten. Wir
978 fordern die Abschaffung sämtlicher Meister-Gebühren. Bildung muss für alle kostenlos sein, nicht
979 nur für StudentInnen.

980 4. Strukturpolitik

981 Strukturschwache Regionen bieten jungen Menschen kaum Perspektiven. Die bayerische
982 Staatsregierung hat das Jahre lang unterstützt, indem sie nur gewisse Zentren effektiv gefördert

983 hat und somit Regionen, die eigentlich Unterstützung bräuchten , vernachlässigte. Daher fordern
984 wir:

985 4.1 Eine Strukturpolitik, die auch schwache Regionen nachhaltig fördert.

986 4.2 Bezahlbare Wohnungen und Schluss mit dem Mietwucher!

987 4.3 Die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus.

988 5. Deine Pflichten, deine Rechte.

989 Jugendliche werden ständig ihre Pflichten vorgekauft. Doch die Aufklärung über ihre Rechte
990 erfolgt nur sporadisch. Wir fordern daher

991 5.1 eine Rechts- und Pflichtaufklärungsstelle für junge Erwachsene und

992 5.2 einen besser ausgestalteten Sozialkundeunterricht in den Schulen mit einem größeren
993 Wochenstundenvolumen.

994 6. Vereinsarbeit

995 Die Vereine sind der Motor des gesellschaftlichen Lebens. Leider wollen sich immer weniger
996 Jugendliche langfristig binden. Sie sind aber sehr wohl bereit, sich an Events zu beteiligen,. Nur
997 so kann man junge Menschen langfristig für Vereine gewinnen. Das stellt neue
998 Herausforderungen an die Vereine.

999 6.1 Daher fordern wir, dass der bayerische Freistaat die Kommunen besser unterstützen, so dass
1000 diese ihre Vereine vor Ort fördern können. (Beispielsweise unter dem Gesichtspunkt der Vereins-
1001 Jugendarbeit)

1002 6.2 Es ist zu beobachten, dass Kinder alleinerziehender Elternteile ausgeschlossen werden, da
1003 diese keine Zeit haben, um ihre Kinder zum Training zu bringen. In einem guten Verein werden
1004 Fahrgemeinschaften oder andere Konzepte, um dies zu verhindern, erstellt. Das kostet jedoch
1005 Geld. Auch hierbei müssen die Vereine unterstützt werden.

1006 6.3 Die Vereine müssen besser in die Ganztagschulen eingebunden werde. Die Ganztagschule
1007 kann eine geeignete Plattform für Vereine sein, um neue Mitglieder zu werben und um Interesse
1008 bei den Kindern und Jugendlichen zu wecken. Nur scheitert das schon daran, dass TrainerInnen
1009 und ÜbungsleiterInnen berufsbedingt keine Zeit haben, um am Nachmittag ihr Training
1010 abzuhalten. Wir fordern daher, dass TrainerInnen und ÜbungsleiterInnen von ihrem Arbeitgeber
1011 für die aktive Jugendarbeit freigestellt werden müssen und dafür bei einer staatlichen Stelle, zum

1012 Beispiel dem Jugendamt, ihren Verdienstausfall geltend machen können. Wir fordern weiterhin,
1013 dass seitens der Schulen mehr Anstrengungen unternommen, um die Vereine in das Schulleben
1014 einzubinden.

1015 7. Freizeitangebote

1016 Im Rahmen der Erstellung dieses Papiers war es eine Streitfrage, ob es genügend
1017 Freizeitangebote für Jugendliche gibt, die abschließend nicht geklärt werden konnte. Man war
1018 sich aber einig, dass die TrägerInnen von jugendspezifischen Freizeitangeboten in ihren
1019 Bewerbungsbemühungen der Veranstaltungen besser unterstützt werden müssten. An der An
1020 der Jugendarbeit darf eine Gesellschaft nicht sparen, weil hier in die Zukunft investiert wird.
1021 Daher müssen die Kreisjugendringe stärker unterstützt werden.

1022 8. Jugendzentren

1023 8.1 Kommunale Jugendzentren sind das Herzstück der Jugendarbeit. Ihre Errichtung aber auch
1024 ihre Unterhaltung und ihr Betreiben kostet Geld. Doch wegen der schlechten Finanzausstattung
1025 vieler bayerischer Kommunen ist die Errichtung und der Betrieb eines Jugendzentrums oft ein
1026 Kraftakt. Der Freistaat Bayern muss zukünftig jeder Gemeinde ermöglichen, ein angemessenes
1027 Jugendzentrum zu betreiben.

1028 8.2 Doch der Betrieb und die Verwaltung des Jugendzentrums darf nicht von von Oben herab
1029 erfolgen. Die Jugendlichen müssen in wichtige Entscheidungen mit eingebunden werden. So
1030 muss zum Beispiel die Chemie zwischen dem/der JugendsozialarbeiterIn und den Jugendlichen
1031 stimmen. Ansonsten hat das Jugendzentrum sein Ziel von vorneherein schon verfehlt. Gerade bei
1032 der Stellenbesetzung müssen die Jugendlichen vor Ort mit einbezogen werden. Ähnlich wie die
1033 Probevorlesungen an deutschen Universitäten könnte so eine Beteiligung aussehen. Ein weiteres
1034 Modell wäre ein „Jugendrat“, der sich aus der Mitte der Jugendlichen zusammensetzt, und dann
1035 bei den Vorstellungsgesprächen anwesend ist und bei der Entscheidung Stimmrecht hat.

1036 9. Jugendschutz

1037 Wir stehen zum Jugendschutzgesetz. Kinder und Jugendliche benötigen trotz aller
1038 Entfaltungsmöglichkeiten auch feste Regeln und Strukturen. Denn in allen Lebensabschnitten
1039 sind Rechte auch immer mit Pflichten verbunden. Auch das muss gelernt werden.

1040 Jugendliche wollen jedoch auch nicht das Gefühl haben, ausgegrenzt zu werden. Daher muss es
1041 mehr Angebote für diese geben, die früher beginnen als die normalen Partys.

1042 10. Drogen

1043 10.1 Wir sind uns einig, dass der Drogenmissbrauch zu verurteilen ist. Deshalb muss die
1044 Suchtberatung ausgebaut werden. Menschen, die sich an die Suchtberatungsstellen wenden,
1045 müssen unverzüglich Hilfe erhalten. Der Moment der Einsicht muss ausgenutzt werden. Wenn ein
1046 Termin jedoch erst drei Tage nach dem Anruf an einer Sucht-Hotline zu Stande kommt, dann hat
1047 es sich die betreffende Person zu meist anders überlegt und wird zum Termin nicht erscheinen.

1048 10.2 Die Suchtaufklärung an schulen darf nicht mehr nach dem tradierten Schema erfolgen. Sie
1049 muss für jugendliche interessant und glaubwürdig aufgezogen werden. Ansonsten wird bei den
1050 Kindern und Jugendlichen kein Interesse erweckt und die Botschaft wird niemals ankommen.

1051 10.3 Bei allen Drogen müssen die Ursachen des Missbrauchs gefunden und bekämpft werden.
1052 Doch gerade bei der Droge Alkohol reagiert die Politik zumeist mit einem Verbot an öffentlichen
1053 Plätzen. Hier werden die Auswirkungen nur örtlich verlagert, das eigentliche Problem jedoch
1054 nicht gelöst. „Aus den Augen aus dem Sinn“ darf aber nicht das Motto moderner Jugendpolitik
1055 sein. Stattdessen muss man Jugendliche ernst nehmen. Daher muss das Motto vielmehr „Ursa-
1056 chen erkennen und bekämpfen.“ lauten.

1057 **Antragsnummer: Ini2**

1058 Antragsteller: Unterbezirk Hochfranken

1059 Adressat:

1060 **Wohnraumförderung**

1061 Die Jusos Oberfranken fordern, dass der öffentliche Wohnungsbau von staatlicher Seite finanziell
1062 und ideell besser unterstützt wird!

1063 **Antragsnummer: Ini3**
1064 Antragsteller: Unterbezirk Hochfranken
1065 Adressat:

1066 **Gestaltung der Postwachstumsgesellschaft**

1067 Wachstum ist endlich, der Wohlstand der Gesellschaft lässt sich nicht einfach durch die Vermark-
1068 tung von Güter und wirtschaftliche Schaffenskraft berechnen.

1069 Die Jusos beantragen, dass sich die SPD und die Jusos in Zukunft mehr mit folgenden Themen
1070 beschäftigen:

- 1071 - Postwachstum
- 1072 - Nachhaltigkeit
- 1073 - Ökosoziales Wirtschaften
- 1074 - Alternative Wirtschafts- und Unternehmensformen (Bsp. Genossenschaften)
- 1075 - Bedingungsloses Grundeinkommen
- 1076 - Energie in Bürger_innenhand
- 1077 - Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum
- 1078 - Gemeinwesenökonomie
- 1079 - ...

1080 **Antragsnummer: Ini4**
1081 Antragsteller: Unterbezirk Hochfranken
1082 Adressat:

1083 **Anliegen des Volksbegehren "Abschaffung Studiengebühren"** 1084 **zügig umsetzen**

1085 Die Jusos Oberfranken freuen sich über den erfolgreichen Abschluss des Volksbegehren gegen
1086 Studiengebühren. Viele Jusos haben sich über die Jahre aktiv im Kampf gegen Studiengebühren
1087 engagiert. Dass sich das Engagement gelohnt hat, zeigt die sehr rege Beteiligung der bayeri-
1088 schen Bevölkerung am Volksbegehren. Diese Rekordbeteiligung ist ein klares Indiz dafür, dass die
1089 bayerische Bevölkerung sich gegen Studiengebühren positioniert hat. Daher sollte das Volksbe-
1090 gehren nun zügig umgesetzt werden. Schon im Wintersemester 2013/2014 sollten die Gebühren
1091 an bayerischen Hochschulen nicht mehr erhoben werden

1092 Doch blockiert die FDP Bayern aus rein ideologischen Gründen die Abschaffung der Studienge-
1093 bühren im Landtag. Es ist eindeutig, dass die Studiengebühren vom Volk nicht gewollt sind und
1094 ein politisches Auslaufmodell sind. Die FDP Bayern sollte ihre Blockadehaltung im Landtag aufge-
1095 ben.

1096 Auch die CSU sollte sich endlich deutlich zu ihrer plötzlichen Wendung zur Abschaffung der Stu-
1097 diengebühren bekennen und sich nicht von der FDP drangsalieren lassen. Wenn die CSU wirklich
1098 zur Abschaffung steht und dieses nicht aus rein machtpolitischen Erwägungen tat, stimmt sie
1099 dem Volksbegehren im Landtag zu.

1100 Die Jusos fordern die Abschaffung der Studiengebühren nicht zu behindern und zu verzögern.
1101 Die Studiengebühren müssen noch zum Wintersemester 2013/14 bei voller Kompensation abge-
1102 schafft werden.